



Wortprotokoll der 31. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 4. März 2015, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.800

Vorsitz: Michael Brand, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 13

Öffentliche Anhörung zum Thema:

**Bericht der Bundesregierung über die deutsche
humanitäre Hilfe im Ausland 2010 bis 2013**

BT-Drucksache 18/2900



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Brand, Michael Fabritius, Dr. Bernd Heinrich (Chemnitz), Frank Jüttner, Dr. Egon Patzelt, Martin Steinbach, Erika Zertik, Heinrich	Frieser, Michael Kovac, Kordula Lengsfeld, Dr. Philipp Steiniger, Johannes Stockhofe, Rita Vaatz, Arnold Weiler, Albert
SPD	Diaby, Dr. Karamba Finckh-Krämer, Dr. Ute Glöckner, Angelika Heinrich, Gabriela Schwabe, Frank	Erler, Dr. h.c. Gernot Mützenich, Dr. Rolf Reichenbach, Gerold Schulte, Ursula Veit, Rüdiger
DIE LINKE.	Groth, Annette Höger, Inge	Hänsel, Heike Jelpke, Ulla
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Koenigs, Tom Nouripour, Omid	Amtsberg, Luise Schulz-Asche, Kordula



Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie ganz herzlich zur 31. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe willkommen heißen. Auf der Tagesordnung steht heute die Öffentliche Anhörung „Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2010 bis 2013“.

Ich darf nicht nur die Kollegen aus dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe begrüßen, sondern auch die Abgeordneten anderer Ausschüsse - eingeladen wurden der Auswärtige Ausschuss und der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ich darf ganz besonders herzlich die Sachverständigen begrüßen und alle Interessierten, die heute gekommen sind. Mir ist auch sehr wichtig, die Vertreter der Nichtregierungsorganisationen zu begrüßen. Ich darf außerdem ganz herzlich den Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Herrn Kollegen Christoph Strässer, begrüßen, der die Anhörung als Zuhörer verfolgt wird. Ich möchte auch Frau Dr. Aderhold, die Referatsleiterin des Referats für humanitäre Hilfe, begrüßen, die gemeinsam mit VENRO - und hier begrüße ich Herrn Peruvemba, der gleichberechtigt den Co-Vorsitz im Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe hat. Wir freuen uns ganz besonders, dass Sie alle heute gekommen sind.

Ich möchte, um den Formalien zu genügen, das Einverständnis einholen, dass Abgeordnete anderer Ausschüsse hier heute - wie die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe - Rede- und Fragerecht haben. Es gibt keinen Widerspruch. Damit ist das so beschlossen. Ich möchte außerdem einen Hinweis auf den öffentlichen Charakter der Sitzung geben. Die Anhörung wird aufgezeichnet und live im Parlamentsfernsehen, Kanal 3, intern und ab ca. 17:30 Uhr, nach dem Ende des Plenums, im Parlamentsfernsehen, Kanal 1, auch extern übertragen. Im Internet ist die Anhörung über die Mediathek des Deutschen Bundestages ebenfalls ab ca. 17:30 Uhr abrufbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die heutige Anhörung ist keine wie jede andere. Sie betrifft die Kernkompetenz des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Die humanitäre Hilfe, als eigenständiges Thema, ist das erste Mal seit vier Jahren wieder Gegenstand einer öffentlichen Anhörung dieses Ausschusses. Der Ausschuss trägt nicht nur das Thema Menschenrechte, sondern eben auch – und als einziger Ausschuss – die humanitäre Hilfe im Namen. Es ist auch ein bewusstes Signal, dass wir humanitäre Hilfe als Schwerpunkt unserer Arbeit heute in den Fokus und auch weiterhin in den Vordergrund rücken werden. Die Zahl der Krisen wächst weltweit, die Dauer der Krisen wächst leider ebenfalls – und ebenfalls weltweit – am Horn von Afrika, in Somalia, im Nahen Osten, in Syrien, im Nordirak – und nicht zu vergessen die jeweiligen Nachbarstaaten plus neue Herausforderungen, mittelalterlicher Terror und mittelalterliche Kriegsführung von Regimen wie zum Beispiel dem Assad-Regime mit Millionen von Flüchtlingen und Hunderttausenden von Opfern von Syrien über Nigeria bis Nord-Afrika. Wir beklagen – Sie kennen die Zahlen – derzeit weltweit über 50 Millionen Flüchtlinge, so viele wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Gleichzeitig wächst der humanitäre Bedarf. Allein die Summe der Katastrophenhilfe, wenn ich nur die Anforderungen der UN erwähne – Sie können das auch dem Bericht entnehmen, den wir heute unter die Lupe nehmen – liegt bei über elf Milliarden Dollar. Gestern konnte ich mit Kollegen gemeinsam mit Außenminister Steinmeier beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf und beim UNHCR zu Gesprächen sein. Wir werden nächste Woche zwei Tage mit einer Delegation des Ausschusses nach Genf reisen. Wir haben ja dort derzeit den Vorsitz im Menschenrechtsrat, denn auch da spielen natürlich Krieg und andere Ursachen für humanitäre Katastrophen und Krisen – auch die Ukraine will ich nicht unerwähnt lassen –, in der Debatte der Vereinten Nationen eine große Rolle. Andere humanitäre Krisen und Katastrophen, die wir in der fachlichen Debatte als vergessene Krisen bezeichnen, bestehen fort, entwickeln sich, verändern sich, tauchen neu auf und fordern endlich – auch das will ich sagen – schnellere Antworten, wohl wissend, dass diese nicht



einfach sind. Aktuelle und altbekannte Stichworte sind Ebola, mangelnde Gesundheitssysteme, fehlende Entwicklung, Krisen innerhalb von Staaten oder Subkontinenten – hier seien Indien, Pakistan, Philippinen, Sri Lanka genannt –, aber auch die katastrophalen Folgen von schierer Tyrannei, wie in Nordkorea, spielen eine große Rolle. Der Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland in den Jahren 2010 bis 2013 listet eine ganze Reihe der Herausforderungen auf, denen wir uns zu stellen haben. Ich will hier nur ganz wenige nennen. Als Grundsatz für die deutsche humanitäre Hilfe bleibt festzuhalten, was im Bericht steht: „Humanitäre Hilfe verfolgt keine praktischen, wirtschaftlichen oder sonstigen interessengeleiteten Ziele, sondern ist Ausdruck ethischer Verantwortung und internationaler Solidarität mit Menschen in Not.“ Die Vereinbarung über eine verbesserte Kooperation und Arbeitsteilung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist eine Zäsur, die einen Wandel in der deutschen humanitären Hilfe eingeleitet hat. Die Anforderungen an Qualität und Effizienz sowie an die Koordinierung der internationalen humanitären Hilfe wachsen. Der Bericht fordert zu Recht, dass wir neue Ansätze der deutschen humanitären Hilfe brauchen. Es geht um nichts weniger als ein Paradigmenwechsel. In den letzten Jahren hat sich die Perspektive der humanitären Hilfe von einer reaktiven Hilfeleistung zu einem vorausschauenden Herangehen ausgeweitet. Aus der veränderten Lage muss auch eine veränderte Aufstellung der Akteure erfolgen. Konkret bedeutet das, dass der zunehmenden Komplexität und Vielschichtigkeit auch die deutsche humanitäre Hilfe durch Professionalität, Effizienz und Qualität gerecht werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Akteure der humanitären Hilfe haben uns auf die Probleme immer wieder hingewiesen. Sie liegen teils in der Natur der Sache, zeigen aber auch Defizite auf, die wir abstellen müssen und auch können, wenn wir die Qualität humanitärer Hilfe verbessern wollen. So heißt es in einer der Stellungnahmen zur heutigen Anhörung, die Hilfe fehle oft genau da, wo sie am dringendsten

gebraucht werde und die Unterstützung von Vertriebenen und Flüchtlingen bleibe oft unzureichend. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben bei der Krise um Ebola erlebt, dass die Akteure vor Ort den internationalen Organisationen und staatlichen Akteuren in der Analyse deutlich voraus waren. Monatelange Warnungen wurden zu lange nicht gehört. Hier müssen wir aus den Erfahrungen lernen, eine engere Vernetzung anstreben und ein effizientes Frühwarnsystem erreichen. Das trifft auch auf die engere Abstimmung der Ressorts innerhalb der Bundesregierung und mit weiteren Akteuren zu. Das ist aus meiner Sicht von zentraler Bedeutung. Die NGOs, der Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe und die nationalen und internationalen Ebenen spielen hier eine wichtige Rolle. Es ist auch ganz offenkundig, dass wir mit Krisen von dieser Quantität und Qualität nicht zeitgleich in ausreichendem Maße umgehen können. Deutschland leistet enorme Beiträge innerhalb der EU und der Vereinten Nationen und natürlich auch bilateral - angesichts der Krisen kann dies aber nie ausreichen. Wir haben im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe grundsätzliche Erörterungen darüber begonnen, wie humanitäre Hilfe optimal organisiert werden kann. Ich begrüße sehr, dass Außenminister Steinmeier auch im Rahmen des Review-Prozesses 2014 im Auswärtigen Amt organisatorische Konsequenzen aus dieser Lage gezogen hat. Die neu zu bildende, sogenannte „Krisenabteilung“ im Auswärtigen Amt ist Konsequenz der Erkenntnis, dass wir mit den bisherigen Mitteln - sowohl finanziell wie auch organisatorisch – nicht mehr adäquat auf die neuen Herausforderungen reagieren können. Steinmeier hatte Recht, wenn er – ich zitiere – sagt, es gelte „früher, entschiedener und substanzieller zu reagieren, insbesondere in den Bereichen Krisenprävention, Bewältigung und Nachsorge“. Auch das andere, für uns zentrale, Ressort – das BMZ – hat sich auf die neuen Herausforderungen eingestellt. Auch diesen Minister – nämlich Gerd Müller – will ich zitieren, der am Ende des vergangenen Jahres folgendes, gewissermaßen paradox, formuliert hat: „Wir müssen uns auf unvorhersehbare Entwicklungen einstellen und vorausschauend mit Unsicherheit umgehen. Welche Krisen uns in fünf, in zehn Jahren beschäftigen werden, wissen



wir nicht, aber wir kennen einige der grundsätzlichen Entwicklungen, die hinter den heutigen Krisen stehen und die unsere Reaktionsmöglichkeiten verändern.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, staatliche humanitäre Hilfe kann ohne die Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen nicht gelingen. Der Ausschuss hat deshalb den ständigen Austausch mit Initiativen und Organisationen aus dem Bereich der humanitären Hilfe und der Zivilgesellschaft hier in Deutschland und international als einem integralen Element seiner Arbeit begonnen. Nicht nur wir im Deutschen Bundestag, sondern auch die Bundesregierung, die Europäische Union und die Vereinten Nationen sind auf diesen Input existenziell angewiesen. Deswegen möchte ich auch die heutige Sitzung nutzen, um den NGOs im besonderen Maße zu danken. Dabei gilt es auch darauf zu achten, dass das offene Wort auch dann gepflegt werden kann, wenn für Nichtregierungsorganisationen staatliche Unterstützung gezahlt wird, damit NGOs vor Ort in den Krisen helfen und für den Staat im Rahmen der humanitären Hilfe die für die Betroffenen wichtigen und existenziellen Leistungen erbringen. Auf gut Deutsch: Im Bereich der humanitären Hilfe geht es um die humanitäre Hilfe und nicht um das Innenverhältnis zwischen staatlichen Stellen und NGOs. Es gilt ausdrücklich nicht der Grundsatz: „Wes Brot ich ess“, des Lied ich sing.“ Ein globaler humanitärer Wanderzirkus – Autofahren nach Kassenlage der Vereinten Nationen oder der jeweiligen staatlichen Zuschüsse – wäre allerdings auch eine deutliche Fehlentwicklung in der humanitären Arbeit. Bislang haben wir nur über wenige solcher Fälle zu berichten. Aber eine solche Anhörung gibt Gelegenheit, gegenüber dem Staat wie auch gegenüber den Nichtregierungsorganisationen in Erinnerung zu rufen, dass wir uns in unserer Arbeit an denen ausrichten haben, die ganz tief im Schlamassel stecken. Dabei sollten wir auf Diskussionen zur optimalen Strategie nie verzichten. Wenn wir dabei das Ziel, nämlich die Menschen in Not, nicht aus dem Auge verlieren, dann wird es immer ein produktiver Dialog sein. So bin ich auch ganz persönlich als jemand, der sich seit über 20 Jahren mit humanitären

Katastrophen beschäftigt, sehr froh über diese besondere Anhörung heute. Ich kann auch zusagen, dass es kein singuläres Ereignis bleiben wird. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe wird das Thema der humanitären Hilfe weiter im Fokus behalten - wie sollte es auch anders sein - und im Jahre 2016 daraus wieder einen besonderen Schwerpunkt seiner Arbeit machen. Von dieser Anhörung, von Ihnen – den Expertinnen und Experten – und von der gesellschaftlichen und fachöffentlichen Diskussion erwarten wir uns konkrete und hilfreiche Beiträge, um die humanitäre Hilfe noch zielgenauer, noch wirkungsvoller und in ihrer Wirkung damit auch menschlicher ausgestalten zu können.

Ich darf die geladenen Sachverständigen kurz vorstellen und möchte dabei zugleich darauf verweisen, dass weitere Praktiker und Experten der humanitären Hilfe dieser Sitzung als Besucher beiwohnen. Jeder sieht sie. Auch Sie sind herzlich willkommen, mit uns den Dialog zu führen.

Aus der Liste der Sachverständigen stelle ich als Ersten, denjenigen vor, der noch zu uns stoßen wird – wir haben die Nachricht bekommen, dass er spätestens in einer Viertelstunde hier ist –, nämlich Albrecht Broemme, Präsident der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Albrecht Broemme studierte von 1972 bis 1977 an der Technischen Universität Darmstadt und schloss das Studium als Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik ab. 1977 trat er in die Berliner Feuerwehr ein, zunächst als Brandreferendar, 1980 als Brandrat zur Anstellung; 1992 wurde er nach verschiedenen internen Verwendungen zum Landesbranddirektor und Leiter der Berliner Feuerwehr ernannt, im April 2006 dann vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zum Präsidenten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk berufen. Herr Broemme hat zahlreiche Beiträge in Fachbüchern und Fachzeitschriften veröffentlicht, außerdem Vorlesungen und Vorträge in großer Anzahl gehalten.

Ich darf weiterhin bei uns Frau Cornelia Füllkrug-Weitzel, die Präsidentin der Diakonie Katastrophenhilfe, begrüßen. Frau Füllkrug-



Weitzel studierte 1973 bis 1978 Evangelische Theologie, Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft in Tübingen und Berlin. Von 1979 bis 1984 war sie zunächst als Assistentin am Seminar für Evangelische Theologie der Freien Universität in Berlin tätig, bevor sie nach Ableistung des Vikariats 1988 zur Pfarrerin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg (Berlin West) ordiniert wurde. 1990 bis 1992 war sie als Frauenreferentin im Berliner Missionswerk, anschließend bis 1992 als Menschenrechtsreferentin im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland tätig. 2000 wurde sie Vorstandmitglied im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland und war dort für die evangelische Hilfsaktion „Brot für die Welt“, die „Diakonie Katastrophenhilfe“ und für „Hoffnung für Osteuropa“ verantwortlich. 2012 wurde sie Präsidentin von „Brot für die Welt“, das mit der „Diakonie Deutschland“ das „Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung“ bildet, zu dem auch die „Diakonie Katastrophenhilfe“ gehört. Herzlich Willkommen.

Professor Dr. med. Joachim Gardemann, Leiter des Kompetenzzentrums Humanitäre Hilfe an der Fachhochschule Münster heiße ich ebenfalls herzlich willkommen. Professor Gardemann studierte 1975 bis 1983 Medizin in Köln, Münster und den USA. 1983 schloss er das Studium mit der Promotion ab. Es folgten 1989 der Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, 1993 der Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen und ein weiteres Studium der Gesundheitswissenschaften und Sozialmedizin an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf. 1997 wurde Joachim Gardemann Professor für Humanbiologie und humanitäre Hilfe an der Fachhochschule Münster und 2001 Leiter des „Kompetenzzentrums Humanitäre Hilfe“ an der Fachhochschule Münster. Professor Gardemann gehört seit 1994 der Personalreserve für die internationale Soforthilfe des Deutschen Roten Kreuzes an; er war an zahlreichen Hilfeinsätzen auch des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und der Internationalen Rot-Kreuz-Föderation in verschiedenen Ländern beteiligt; im vergangenen Jahr, sehr aktuell, leitete er für mehrere Wochen ein Ebola-Behandlungszentrum in Sierra Leone und hat dort wichtige Arbeit für uns getan.

Ich darf außerdem Thomas Gebauer, Geschäftsführer von „medico international“, begrüßen. Thomas Gebauer studierte Psychologie und Soziologie an der Universität Frankfurt/Main und schloss sein Studium als Diplom-Psychologe ab. Seit 1996 ist er Geschäftsführer der sozialmedizinischen Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisation „medico international“, für die er bereits seit 1979 tätig ist. 1991 initiierte er die Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen, die 1997 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde; mit anderen hat Thomas Gebauer damals in Oslo die Auszeichnung entgegen genommen.

Ich darf zuletzt Florian Westphal begrüßen, den Geschäftsführer von „Ärzte ohne Grenzen“. Er studierte 1987 bis 1990 an der School of Oriental and African Studies der University of London, 1996 bis 1998 an der School of Policy Studies der Universität Bristol. Nach dem Studium war er zunächst als Journalist unter anderem beim BBC World Service Radio London und beim Schweizer Radio International in Bern tätig. 1999 ging er mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zunächst in die Demokratische Republik Kongo, später nach Sierra Leone und Nairobi. 2002 bis 2006 war er Pressereferent für Nordamerika und Europa beim IKRK in Genf, wo er nach weiteren Zwischenstationen, u.a. in Kuala Lumpur und 2010 Stellvertretender Direktor für Kommunikation und Informationsmanagement wurde. Seit Juni 2014 ist er Geschäftsführer der deutschen Sektion von „Ärzte ohne Grenzen“ in Berlin.

Sie alle darf ich ganz herzlich willkommen heißen. Ich sage außerdem Dank an die Sachverständigen für Ihre Teilnahme an der Anhörung heute und Ihre im Vorfeld abgegebenen schriftlichen Stellungnahmen, die alle Mitglieder und die Mitglieder der eingeladenen Ausschüsse erhalten haben. Die Stellungnahmen liegen auch noch einmal vor dem Sitzungssaal aus und werden im Anschluss an die Anhörung auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht.

Zum Ablauf der Anhörung: Die Sachverständigen haben in alphabetischer Reihenfolge die Gelegenheit für ein kurzes Eingangsstatement. Wir haben „fünf bis maximal zehn“ Minuten gesagt,



damit wir ausreichend Zeit zur Diskussion haben. Anschließend folgt die erste Frage- und Antwortrunde, wobei die Sachverständigen üblicherweise in umgekehrter Reihenfolge antworten; danach die zweite Frage- und Antwortrunde. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass wir pünktlich schließen müssen, da Anschlussstermine zu absolvieren sind.

Da der erste im Alphabet Herr Broemme wäre, schlage ich vor, dass wir diesmal - entgegen den Regeln, wenn sie einverstanden sind - von hinten anfangen. Herr Westphal, Sie haben das Wort.

SV Florian Westphal (Ärzte ohne Grenzen):
Vielen Dank auch erst einmal an den gesamten Ausschuss für die Gelegenheit, dieses wichtige Thema hier diskutieren zu können. Ich möchte vorausschicken, dass ich mich in meinen Bemerkungen hauptsächlich auf bewaffnete Konflikte und auf akute Krisen beziehen werde, eher als auf Naturkatastrophen. Humanitäre Nothilfe oder lebensrettende Soforthilfe ist an den dringendsten Bedürfnissen der direkt von Konflikten oder Katastrophen betroffenen Menschen orientiert. Sie ist unserer Meinung nach die prioritäre Aufgabe der humanitären Hilfe und sicherlich, dadurch, dass sie Leben rettet, auch die nachhaltigste Art der humanitären Hilfe. Was diese Soforthilfe betrifft, gibt es unserer Meinung nach einige schwerwiegende Probleme; auf zwei von ihnen möchte ich näher eingehen.

Diese Hilfe fehlt oft genau dort, wo sie am dringendsten gebraucht wird, nämlich in den akut von bewaffneten Konflikten und Krisen betroffenen Gebieten. Wir haben „Ebola“ Mitte letzten Jahres angesprochen, doch wenn wir uns auf der Weltkarte umschauen, sehen wir auch weite Teile von Syrien, Irak, Libyen, Zentralafrikanische Republik, Südsudan - die Liste wird, ehrlich gesagt, ziemlich lang -, wo es, wenn überhaupt, nur sehr unzureichend gelingt, den Menschen in Not wirklich die Hilfe zu bringen, die sie brauchen. Für „Ärzte ohne Grenzen“ ist es genau diese Situation, die wir vor Ort antreffen. Es ist eben nicht wie in Haiti, wo sich teilweise viele verschiedene Organisationen bei ganz ähnlichen Aufgaben gegenseitig auf den Füßen stehen, sondern es ist genau die Situation, wo es nur ganz wenige, wenn überhaupt,

humanitäre Hilfsorganisation gibt, die sich um die akuten und lebensbedrohlichen Bedürfnisse der betroffenen Menschen kümmern können. Das zweite Problem, was ich gerne ansprechen möchte, bezieht sich auf die Unterstützung von Vertriebenen und Flüchtlingen und wiederum vor allem jene, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind. Es betrifft insbesondere jene Menschen - und das ist in den meisten Konfliktsituationen die Mehrheit -, die nicht in Flüchtlings- oder Vertriebenenlagern unterkommen, sondern die für sich selbst sorgen müssen, indem sie versuchen, unabhängig Schutz zu finden oder bei Gastfamilien etc. unterzukommen. Diese Menschen werden in vielen Situationen, wenn überhaupt, nur sehr unzureichend von der Hilfe erreicht. 2012/2013 haben wir uns ein Beispiel genauer angeschaut: Im Ostkongo in der Provinz Nord-Kivu - aber ich bin mir ziemlich sicher, dass man das auch übertragen könnte - waren praktisch 70 Prozent der intern vertriebenen Menschen, die weder in organisierten noch nicht-organisierten Lagern anzutreffen waren, in Gastfamilien oder kümmerten sich selbst um ihre Belange. Die Hilfe kommt größtenteils bei diesen Menschen nicht an. Oftmals scheint es so zu sein, dass am ehesten diejenigen Hilfe bekommen, bei denen der rechtliche Status geklärt ist - sind es anerkannte Flüchtlinge oder Vertriebene, sind sie registriert oder nicht - und die relativ leicht erreichbar sind, weil sie sich eben vielleicht dicht an einer Hauptstadt etc. befinden oder in Lagern leben. Es gibt für diese Probleme unserer Ansicht nach eine Reihe von Gründen. Der erste und ganz wichtige, den man hier erwähnen muss, ist, dass es gerade in bewaffneten Konfliktsituationen wahrscheinlich zunehmend zu Angriffen von Konfliktparteien auf die humanitäre Hilfe kommt. Nicht nur auf ausländische Hilfsorganisationen, sondern auch auf Basiseinrichtungen der Gesundheitsversorgung, auf Krankenhäuser, Kliniken, auf Krankenpfleger, die bedroht werden, auch direkt auf Patienten natürlich. Diese Probleme sind sicherlich nicht neu, aber wenn man sich die Situation zum Beispiel in Syrien anschaut, haben sie in den letzten Jahren auf besorgniserregende Weise zugenommen. Die Konsequenz für die Notleidenden, und da muss man wieder das Schicksal der intern Vertriebenen hervorheben, ist, dass sie keine ausreichende



Gesundheitsversorgung bekommen. In Zukunft bedeutet dies sicherlich auch einen mangelnden Respekt für die humanitäre Hilfe und die humanitären Prinzipien, die zu Recht im Mittelpunkt dieser Anhörung stehen. Es geht darum, dass wir uns energisch gegen jegliche politische Instrumentalisierung der humanitären Hilfe verwahren. Humanitäre Hilfe muss vor allem dazu dienen, Bedürfnisse von Menschen abzudecken. Sie kann nicht dafür eingesetzt werden, politische und militärische Ziele zu erreichen. Wenn das nämlich geschieht, kann es im extremsten Fall in Konfliktgebieten dazu kommen, dass eben die humanitären Akteure nicht mehr ganz klar als humanitär respektiert und angesehen werden, sondern mit politischen und militärischen Zielen in Verbindung gebracht werden, sodass im schlimmsten Fall dadurch sogar konkrete Risiken für sie entstehen. Man hat es auch oft, wie ich finde, mit überzogenen Erwartungen an die humanitäre Hilfe zu tun. Es ist ja nicht ganz leicht, sich darauf zu einigen, was man mit diesem Begriff überhaupt meint. Bei uns entsteht manchmal der Eindruck, als ob die humanitäre Hilfe geradezu dafür mitverantwortlich sei, alle möglichen anderen, sicherlich wichtigen, Probleme zu lösen, nämlich Frieden zu sichern, an Stabilität mitzuarbeiten, für mehr Sicherheit zu sorgen. Dieses sind alles wichtige Herausforderungen, aber unser Argument wäre, dass sie nicht zum Kernbereich der humanitären Hilfe gehören, und dass die Konzentration auf diese Aufgaben auch dazu führen kann, dass der eigentliche Kernbereich der humanitären Hilfe, nämlich die Reaktion auf akute Krisen, vernachlässigt wird. Ein weiterer Grund für die Probleme, die wir sehen, liegt in der geringen Risikobereitschaft mancher Hilfsorganisationen und ihrer ungenügenden Vorbereitung auf akute Krisen, genau in den Situationen, wo es eben am schwierigsten ist, Menschen zu Hilfe zu kommen. Man kann aber auch in sehr unsicheren Situationen etwas tun, um mehr Sicherheit und besseren Zugang zu bedürftigen Menschen zu erzielen. Zentral hierbei ist die Bereitschaft von Organisationen, mit allen Konfliktparteien, das Gespräch zu suchen, um den Zugang zu den Notleidenden zu erreichen. Ein letzter Punkt hierzu: „Flexibilität“. Es muss Organisationen gelingen, in Notfällen auch schnell von längerfristig ausgerichteten Projekten

auf unmittelbare Soforthilfe umzuschalten. Das heißt, man muss, wie zum Beispiel nach dem Dezember 2013 im Südsudan, auch bereit sein, längerfristig ausgelegten Projekten etwas zur Seite zu stellen, um den dringendsten Bedürfnissen zu entsprechen. Ein weiterer Faktor, der uns Sorgen bereitet, bezieht sich auf die Rolle der Vereinten Nationen und zwar ihre in Konfliktfällen ja doch relativ unklare und ambivalente Rolle. Die Vereinten Nationen müssen oft gleichzeitig politische, militärische und humanitäre Aufgaben erledigen. Man sieht das am stärksten ausgeprägt in den sogenannten „Integrated Missions“. Es ist aber eben schwierig, humanitäre Hilfe zu verfolgen, den Prinzipien entsprechend neutral zu handeln, währenddessen man gleichzeitig politische und militärische Zielsetzungen verfolgt, die per Definition eben nicht neutral sind. Der Bericht der Bundesregierung weist zu Recht unter anderem auf die wichtige Rolle von lokalen Akteuren, Partnern und Organisationen in humanitären Notsituationen hin. Ich habe mich selbst vielfach davon überzeugen können, dass diese Erstaunliches leisten. So war ich zum Beispiel in der Zentralafrikanischen Republik. Da sieht man, was unter anderem auch religiöse Gemeinschaften und religiöse Führer wirklich haben erreichen können in punkto Schutz und Hilfe für intern Vertriebene, dort, wo keine internationale Hilfe präsent war. 90 Prozent der Mitarbeiter bei „Ärzte ohne Grenzen“ kommen aus den betroffenen Projektländern und wo immer das möglich ist, arbeiten wir mit bestehenden Strukturen, ganz oft auch denen des Gesundheitsministeriums eines jeweiligen Landes, zusammen. Aber es ist trotzdem so, dass es gerade in bewaffneten Konflikten für lokale Kräfte und Organisationen besonders schwierig ist, eine humanitäre Rolle zu spielen. Das liegt einmal daran, dass sie ja oft selbst direkt vom Konflikt betroffen sind. Sie sind bedroht worden, Mitarbeiter wurden vertrieben, Infrastruktur zerstört, Büros zerstört, Fahrzeuge gestohlen. Außerdem sind sie natürlich auch viel größerem politischen Druck seitens der Konfliktparteien ausgesetzt, als das für internationale Organisationen der Fall wäre. Zuletzt darf man nicht vergessen, dass natürlich in vielen der Länder, wo wir arbeiten, diese lokalen Strukturen, ob staatlich oder seitens der Zivilgesellschaft, nur relativ schwach ausgeprägt sind. Deswegen ist es



unserer Meinung nach nicht der richtige Weg, die Hauptverantwortung für die akute Not- und Soforthilfe in jedem Fall immer lokalen Akteuren übertragen zu wollen. Es wird auch weiterhin bei Situationen wie im Falle von „Ebola“ oder im Südsudan internationaler Hilfe bedürfen, um den Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen.

Ich möchte noch kurz etwas zu dem im Bericht der Bundesregierung erwähnten sogenannten Paradigmenwechsel zur vorausschauenden humanitären Hilfe sagen. Es ist natürlich so, dass wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität die Länder viel besser darauf vorbereiten, mit akuten humanitären Krisen fertig zu werden. Man sieht jetzt ganz konkret, was medizinisches Personal und Einrichtungen im Osten der Ukraine leisten können, um Menschen medizinisch zu helfen. Das ist natürlich ganz anders, als das, was ihre Kollegen in der Zentralafrikanischen Republik leisten können. Das ändert aber im Prinzip nichts daran, dass man auch in einem gut vorbereiteten Land auf eine Notsituation wie „Ebola“ immer noch mit Not- und Soforthilfe reagieren müsste. Vorbeugung, egal wie gut sie durchgeführt ist, wird diese humanitäre Reaktion nie ersetzen können. Wir können auch nicht davon ausgehen, dass verbesserte Prävention automatisch dazu führt, dass der Bedarf an humanitärer Soforthilfe verringert wird. Wir hoffen, dass sich die Bundesregierung und dieser Ausschuss deswegen vorrangig auch mit diesen Problemen der Soforthilfe befassen werden. Wir hoffen unter anderem auch darauf, dass bei den diversen internationalen Diskussionen zum humanitären System und zur Koordinationsrolle der Vereinten Nationen sichergestellt wird, dass diese Koordinationsbemühungen einen wirklichen Mehrwert für die notleidenden Menschen mit sich bringen. Wir finden außerdem, dass finanzielle Förderung eingesetzt werden sollte, um die Kapazitäten von NGOs und anderen Akteuren der humanitären Soforthilfe zu stärken, und wollen natürlich auch weiterhin, dass wir und andere Organisationen, die ebenfalls Mittel vom Auswärtigen Amt erhalten, von der Bundesregierung daraufhin geprüft werden, inwieweit sie humanitäre Prinzipien nicht nur anwenden, sondern auch wirklich in die Tat umsetzen. Zuletzt hoffen wir auch darauf, dass

diese Sitzung ein Anstoß dafür ist, sich auch weiterhin kritisch und selbstkritisch mit der humanitären Hilfe auseinanderzusetzen. Da schließen wir uns ganz bewusst mit ein. Wir alle machen ständig Fehler, weil es praktisch unmöglich ist, humanitäre Hilfe hundertprozentig richtig zu machen. Die humanitäre Hilfe – gerade in diesen akuten Krisen, von denen ich spreche – ist so schwierig und eine solche Herausforderung, dass wir ihr nie gerecht werden, außer, wenn wir bereit sind, unsere Arbeit gemeinsam kritisch zu durchleuchten, unsere Fehler anzuerkennen und daraus zu lernen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Das Klingelzeichen war die „Zehn – Minuten – Grenze“. Ich darf jetzt Herrn Gebauer das Wort erteilen.

SV Thomas Gebauer (medico international): Vielen Dank! Ich will mich dem Dank von Herrn Westphal anschließen und sagen, dass es wunderbar ist, dass wir hier zusammensitzen und über die humanitäre Hilfe nachdenken und immer wieder überlegen, wie wir sie gemeinsam verbessern und den Gegebenheiten, die in der Welt existieren, anpassen können. Ich bin sehr zufrieden mit der Fokussierung im Bericht auf den Paradigmenwechsel in der Hilfe. Das scheint mir doch eine zentrale Sache zu sein, dass man von kurzfristig geförderter Soforthilfe hin zu vorausschauender strategischer humanitärer Hilfe gehen möchte. Das ist etwas, was wir begrüßen und worin wir einen klaren Fortschritt sehen. Der Aufbau von lokalen Bewältigungskapazitäten ist etwas Gutes, etwas Wichtiges, und das erfordert, lokale Partner zu Trägern von Hilfe zu machen. Wenn man das ernst nimmt, diesen Paradigmenwechsel, dann hat es natürlich Konsequenzen für das Kontinuum von Hilfe, also für die Verzahnung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Es heißt ja für die humanitäre Hilfe - und ich bin da ganz auf der Seite meines Vorredners -, dass man völlig neutral arbeitet. Allerdings muss man auch schauen, was wird daraus, wie wir lokale Träger ausbilden können, wie sie zusagen zu späteren Trägern von Hilfe werden, die sie selbst irgendwann auch mitorganisieren können. Gleichzeitig muss die Entwicklungszusammenarbeit sich darüber Gedanken machen, wie sie den Rahmen dafür



schaft. Nehmen wir das Beispiel „Ebola“. Wir haben gesehen, dass es in Westafrika an lokalen Gesundheitsfachkräften gemangelt hat. Wir können als Nothelfer in der Situation anfangen, Menschen zu fördern, mit auszubilden, was auch „Ärzte ohne Grenzen“ tut. Aber es wäre notwendig, dass sich parallel auch die Politik Gedanken macht, wie man die Migration von Gesundheitsfachkräften in den Griff bekommt und der wichtigen, allerdings problematischen, Tatsache begegnet, die jetzt auch in Westafrika eine Rolle gespielt hat, dass heute mehr Ärzte aus Sierra Leone in den OECD-Staaten arbeiten als im Land selbst. Das sind Punkte, die ein humanitärer Helfer nie wird angehen können, aber wenn die Politik einen Rahmen schafft, dass man tatsächlich auch lokal Bewältigungskapazitäten aufbauen könnte, wäre das ein sehr großer Fortschritt. Das heißt, „Preparedness“ – was wir uns vornehmen – ist nie etwas, das außerhalb der globalen Realität existiert. Es bedarf immer auch einer Verschränkung mit einer Politik, die letztendlich diesen Gedanken mit fördert. Ich meine, dass darin auch der Schlüssel dazu liegt, mit der wachsenden Lücke zwischen dem Bedarf an humanitärer Hilfe und den vorhandenen Mitteln zu Rande zu kommen. Wenn wir, und das sagt ja der Bericht sehr anschaulich, feststellen müssen, dass der Bedarf für humanitäre Hilfe ständig wächst – und auch die Krisen werden ja in dem Bericht exzellent gezeichnet –, wir aber kaum noch die Mittel haben, da nachkommen zu können, ist zu überlegen, wie man den Bedarf einigermaßen in Griff bekommen kann. Ich sage manchmal, dass die Welt nicht an zu wenig Hilfe leidet, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen. Das stellt eine gewisse Paradoxie dar, die aber deutlich macht, wie hier humanitäre Hilfe mit einer politischen Realität in Zusammenhang steht, und ein Menschenrechtsausschuss beschäftigt sich ja mit beiden Elemente, nicht nur mit der Hilfe, sondern auch dem Menschenrechtsgeschehen. Nehmen wir - und das macht auch der Bericht der Bundesregierung sehr deutlich - das Beispiel der Ernährungsunsicherheit im Sahel, wo hier dramatische Veränderungen geschildert werden und wir von Seiten der wissenschaftlichen Expertise aus der Entwicklungspolitik wissen, dass der beste Schutz die kleinbäuerliche Agrarwirtschaft ist. Wenn wir die dann fördern

und die lokalen Bewältigungskapazitäten darauf ausrichten wollen, bedarf das sozusagen einer globalen Politik, die das nicht torpediert, sondern einen solchen Prozess mit fördert und unterstützt. Wenn wir genauer hinschauen, sehen wir, dass im Rahmen von G8-Beschlüssen genau das Gegenteil der Fall ist. Es wurde da beschlossen, das Agrarbusiness zu fördern und letztendlich die Prozesse mit voranzutreiben, die für die Schaffung von Ernährungsunsicherheit in den Ländern mitverantwortlich sind. Ich will um Gottes Willen nicht dafür plädieren, dass das alles eine Aufgabe von humanitärer Hilfe ist, keineswegs. Da hat Herr Westphal völlig Recht, das wäre eine Überforderung, aber es bedarf für eine effektive humanitäre Hilfe auch dieses politischen Rahmens, innerhalb dessen sie dann arbeiten kann. Darauf will ich Ihr Augenmerk richten. Zur Qualitätssicherung – wir haben jetzt alle festgestellt, wie „Ebola“ zu spät erkannt worden ist, wie die Reaktionen zu spät gekommen sind – ist es dringend erforderlich, ganz genau hinzuschauen. Ich finde die Initiative, die ergriffen worden ist, auch eine Evaluierung durchzuführen, absolut richtig. Das ist der erste Schritt. Wir haben in den letzten Jahren an der Verbesserung des humanitären Systems gearbeitet. Das macht der Bericht auch sehr deutlich. Und jetzt, unter der Maßgabe von „Ebola“ zu schauen, ob das alles sinnvoll war, was wir getan haben, ist, glaube ich, der erste, wichtige Schritt. Wir werden dann feststellen müssen, ob es notwendig ist, jetzt parallel zur WHO, die in dieser Situation definitiv versagt hat, neue Strukturen aufzubauen, oder aber die WHO innerhalb des Clusters von UNOCHA zu fördern, zu stabilisieren und zu stärken. Ich würde unbedingt für letzteres plädieren und gegen alle Überlegungen argumentieren, die jetzt sagen, dass wir neben der WHO noch weitere Finanzierungsinstrumente brauchen, zumal die Idee eines bei der Weltbank angesiedelten Emergency Response Funds. Ich halte das für eine Fragmentierung des internationalen humanitären Systems. Das wäre falsch. Auch die Idee einer bei der Europäischen Union angesiedelten Weißhelm-Truppe - unabhängig davon, dass da das Militärische zu stark reinkommt und eine Vermischung zwischen Zivilem und Militärischem stattfindet - hielte ich für ein Problem. Ich finde es besser – und das wird von vielen meiner Kollegen geteilt –, wenn



die einzelnen Staaten in solchen Notsituationen, die es immer geben wird, ihre politische Bereitschaft erklären würden, Kapazitäten im Rahmen eines Koordinierungsmechanismus, der bei der WHO existiert, bereitzustellen, um eine globale Struktur zu haben, die dann von Fachkräften aus den Ländern, den Regionen oder aus der Europäischen Union gefüllt und unterstützt wird. Das ist etwas, das man sich in diesem Kontext sehr genau anschauen könnte. Was wir vermeiden sollten, ist, die bestehende Fragmentierung in bestimmten Bereichen der humanitären Hilfe weiter voranzutreiben, also noch einen zusätzlichen Fonds aufzumachen und eine zusätzliche Eingreiftruppe zu schaffen und damit das ganze System weiter zu fragmentieren.

Ich möchte in Bezug auf die Übergriffe auf humanitäre Akteure einen weiteren Stichpunkt aufgreifen, der mir wichtig erscheint. Natürlich ist es wichtig, dass die humanitären Prinzipien beachtet werden müssen, dass es so etwas wie Respekt vor diesen Prinzipien geben muss. Wenn wir auf die Welt schauen, sehen wir „failing states“. Wir sehen eine sich verändernde Welt, wo immer neue Gewaltakteure auftauchen, die nie mit dem Genfer-Konventionen und dem humanitären Völkerrecht in Bezug gebracht worden sind, die das nie gelernt haben. Warum nicht eine Initiative, die es bereits gibt, aufgreifen und versuchen, mit diesen Gewaltakteuren, mit bewaffneten „Non-state-actors“, ins Gespräch zu kommen und sie auf die Respektierung von internationalem Recht zu verpflichten. Es gibt in Genf eine kleine Institution, die aus der Minen-Kampagne entstandene „Geneva Call“, die das heute systematisch macht und bereits über 70 Gewaltakteure aus der ganzen Welt darauf verpflichten konnte, bestimmte Teile des humanitären Völkerrechts zu akzeptieren. Sie tut das, indem sie die Akteure, die ja keine Völkerrechtssubjekte sein können, als nichtstaatliche Akteure trotzdem empfängt und ihnen die Möglichkeit gibt, eine Verpflichtungsakte zu unterzeichnen, die beim UN-Generalsekretär hinterlegt wird. Ich würde es empfehlen, „Geneva Call“ vielleicht auch in den Ausschuss einzuladen und mit ihnen zu reden. Das ist eine wunderbare Angelegenheit, das IKRK arbeitet ja auch eng mit ihnen zusammen. Das zweite Stichwort „Haiti“: Wenn wir noch einmal

auf die lokalen Akteure schauen, so gab es natürlich in Haiti eine gewählte Regierung, doch hatte sie keinen Unterbau. Es gab nicht diese Verwaltungsorgane, die man braucht, mit denen man in solchen Situationen zusammenarbeiten kann. Es gibt in Haiti eine wunderbare Zivilgesellschaft, die sehr ausgeprägt ist, viele Selbsthilfegruppen, die Tolles machen, aber die öffentlichen Institutionen nicht ersetzen und nicht kompensieren können. Also bedeutet es für uns in der humanitären Hilfe, von Anfang an darauf zu drängen, dass dieser „Mittelbau“, also Verwaltungsstrukturen, entstehen können. Ein Beispiel dafür haben wir in Afghanistan durchexerzieren können. Weil es im Rahmen des humanitären Minenräumens auch dort diese Institutionen nicht gegeben hat, sind die UN in die Bresche gesprungen und haben das „UN Mine Action Centre of Afghanistan (UNMACA)“ eingerichtet und über diese UN-Struktur die Minenräumaktivitäten koordiniert. Von Anfang an ist diese Einrichtung aber so angelegt worden, dass sie „afghanisiert“ werden kann. Und so wurde aus UNMACA ein MACCA (Mine Action Coordination Centre of Afghanistan, eine afghanische Behörde, die genau das übernommen hat, was vorher die UN in Stellvertretung gemacht haben. Ich halte dies für ein wunderbares Beispiel, um zu sehen, wie aus der Nothilfe heraus in diese Lücken hinein gearbeitet werden kann, um solche Dinge zu fördern. Wenn ich jetzt noch einen Augenblick Zeit habe, sage ich noch etwas Letztes zur zivilmilitärischen Zusammenarbeit. Das ist ja ein Punkt, der uns alle beschäftigt. Ich glaube, es ist bereits deutlich geworden und wird auch von den anderen Kollegen und Kolleginnen noch deutlich gemacht werden, dass wir als zivile Akteure immer auf die Unabhängigkeit von militärischen Akteuren drängen werden. Wir brauchen sie, sonst können wir nicht agieren. Wir sehen da ganz klar unterschiedliche Mandate. Wir können nie in eine geregelte Kooperation mit dem Militär treten. Das haben wir immer in allen Diskussionen, die wir mit den Militärs hatten, deutlich zu machen versucht und werden das auch weiterhin tun. Was wir allerdings auch sehen, ist, dass das Recht auf Schutz vor Völkermord, Krieg und Kriegsverbrechen nicht etwas ist, das wir als zivile Akteure durchsetzen können. Ich möchte an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass es



in der augenblicklichen Situation weltweit fast keine Institution gibt, die legitimiert ist, darüber zu entscheiden, wer denn militärische Mittel zum Einsatz bringen darf. Wir sehen alle, dass der UN-Sicherheitsrat das aufgrund der Veto-Mächte, die da existieren, nicht schafft. Es gibt im Augenblick nur Militäreinsätze, die aufgrund von politischen Opportunitätserwägungen und von Partikularinteressen durchgeführt werden. Das ist für mich und ich glaube, für viele andere hier im Raum auch, sehr unbefriedigend. Hier gibt es sozusagen eine Leerstelle, bei der die Politik sich Gedanken machen müsste, wie sie eine Klarstellung schaffen kann. Solange das nicht existiert, wird die humanitäre Hilfe immer in dieses Problem mit hineingezogen. Wir werden sozusagen immer mitverhaftet aufgrund einer Leerstelle, die einer politischen Lösung bedarf, die wir selber nicht lösen können. Mein Plädoyer in dem Zusammenhang ist - genau wie in der humanitären Hilfe - ein Plädoyer für „Multilateralismus“. Es muss an dieser Stelle dafür Sorge getragen werden, dass wir gemeinsam darüber nachdenken, wie Strukturen, wie Institutionen geschaffen werden können, die mit dem höchstmöglichen Grad an Legitimität und Repräsentativität über solche Dinge entscheiden könne. Das gilt für die humanitäre Hilfe wie für alle anderen Bereiche auch. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Gebauer, auch für den Hinweis auf Gesprächspartner. Ich darf Herrn Professor Gardemann das Wort erteilen und bitte, etwas auf die Zeit zu achten. Da der Ausschuss ein sehr diskussionsfreudiger Ausschuss ist und wir die Expertise so gut wie möglich nutzen wollen, brennen uns die Fragen auf den Nägeln. Bitte, Herr Professor Gardemann.

SV Prof. Dr. med. **Joachim Gardemann** M.San. (Kompetenzzentrum Humanitäre Hilfe der FH Münster): Dankeschön, Herr Vorsitzender. Es ist ja bereits viel gesagt worden und ich schließe mich vielen Ausführungen, die bisher gemacht wurden, an. Zunächst einmal herzlichen Dank, dass Sie mich als einen gewissermaßen „exotischen Sachverständigen“ geladen haben, da ich ja nicht der klassische Vertreter einer Nichtregierungsorganisation bin, sondern der Vertreter eines Hochschulnetzwerkes. Allein das

ist für mich ein schönes Zeichen, dass dieser Kreis sich auch für neue Entwicklungen und auch der Wissenschaft gegenüber öffnet. Dafür also nochmals ganz herzlichen Dank. Ich versuche, jetzt einige Dinge anzusprechen, die bisher noch nicht zur Sprache gekommen sind, wie die neue Ressortverteilung zwischen Auswärtigem Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie wird nach unseren Kenntnissen überwiegend von allen Beteiligten sehr begrüßt. Sie haben an meinem Lebenslauf gesehen, dass man mich organisationsmäßig am ehesten dem Roten Kreuz zuordnen kann, obwohl ich hier nicht offiziell für das Rote Kreuz sprechen darf. Es geht darum, dass Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit zwei grundlegend verschiedene Gebiete sind und dass Entwicklungszusammenarbeit immer auch ein politisches Handeln bedeutet, die Nothilfe allerdings immer strikt neutral und unparteiisch sein muss. Demokratieförderung in Afghanistan ist eine gute Sache, aber sie ist nicht neutral. Da gibt es dann für Nothilfeorganisationen einfach Probleme. Seit 2012 existiert jedoch ein deutlich klareres Bild, wer wann wo als Ansprechpartner dient. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist auch, dass die Definition der Nothilfe erweitert wurde. Nehmen wir beispielsweise die Ebola Situation – ich bin ja Pädiater und habe das mit eigenen Augen gesehen – wenn wir nicht bald etwas unternehmen, werden wir in kürzester Zeit nicht nur hier in Berlin, sondern in ganz West-Afrika, eine Masern Epidemie mit verheerenden Folgen haben, da in den Ebola Ländern das öffentlich Gesundheitswesen vollkommen zusammengebrochen und nicht existent ist. Eine Masern-Impfkampagne in den von Ebola betroffenen Ländern ist in diesem Zusammenhang eine Maßnahme der vorausschauenden Nothilfe und kann sehr viel Leid und sehr vielen schlimmen Dingen präventiv begegnen. Das ist etwas ganz wichtiges, dass die als „Emergency Preparedness“, definierte Nothilfe erweitert worden ist. Gerade mit meinem Hintergrund im Roten Kreuz möchte ich außerdem etwas zur Frage der humanitären Grundsätze sagen: Die Verbreitung der humanitären Grundsätze der Genfer Konvention – es ging ja in der Frage auch um die Verbreitung – ist satzungsgemäße Aufgabe aller Rot-Kreuz- und Rot-Halbmond-Gesellschaften. Das findet in vielen Ländern auch



statt, sehr viel intensiver als hier. Das findet in Schulen, in Universitäten statt. Es gibt auch hier in Deutschland Projekte, wie das des „humanitären Schulhofs“, wo es um Gewaltprävention in den Schulen geht. Man kann da sicherlich schon bei den jüngeren Leuten anfangen. Wir sollten uns aber die Grundsätze, die immer nacheinander genannt werden, noch einmal genauer angucken, weil sie es wirklich in sich haben. Selbstverständlich, die Menschlichkeit braucht nicht groß erklärt zu werden. Das ist artspezifische Solidarität. Die Unparteilichkeit entspringt aber der Menschlichkeit. Die Unparteilichkeit entspringt dem Respekt vor der Würde des Menschen. „We don't ask.“ – jeder Mensch ist Mensch, mag er getan haben, was er will, mag er Täter oder Opfer sein – das war die Idee von Dunant. Alle humanitären Hilfsorganisationen sind unparteiisch, haben sich verpflichtet, unparteiisch zu sein. Neutralität aber ist etwas ganz anderes. Neutralität ist überhaupt kein sittlicher Begriff. Neutralität hat in diesem Zusammenhang nichts mit Moral zu tun. Neutralität ist ein politisches Instrument. Neutralität ist mit den Genfer-Konventionen in die humanitäre Hilfe eingeführt worden, um den Zugang zu schaffen in Gebieten, die schwierig zu erreichen sind, wo beide kriegführenden Parteien wissen, dass man neutral ist. Neutralität ist keine gute Eigenschaft. Ich möchte das hier mal sagen. Es gibt eine berühmte Rede von Johann Jakob Burckhardt, der Präsident des IKRK und Schweizer war. Er hat 1959 eine Rede über die Neutralität der Schweiz und die Neutralität des IKRK während der Nazizeit gehalten. In einer berühmten Tonaufnahme sagt er, Neutralität sei keine Tugend, aber wir müssten trotzdem neutral sein, um an die Orte des Konfliktes zu kommen. Das ist keine philosophische, theoretische Überlegung, sondern bedeutet eine wichtige Kompetenz in unserem täglichen Umgang im Rahmen von humanitären Szenarios. Was ebenfalls angesprochen wurde, ist der mangelhafte Respekt oder auch einfach nur die mangelhafte Kenntnis vieler nichtregulärer Soldaten, was das Rote Kreuz auf weißem Grund bedeutet. Mittlerweile stellt es bereits die Markierung für das Einschussloch dar. Wir haben tatsächlich eine Krise des humanitären Völkerrechts, aber auch der humanitären Schutzzeichen, was dazu führt, dass manche

Armeen ganz darauf verzichten, humanitäre Schutzzeichen zu verwenden, sodass wir uns wieder in einem Zustand der napoleonischen Kriege befinden, wo auch Sanitätseinrichtungen legitime Kriegsziele waren und mit Waffen verteidigt werden durften. Das ist eine ganz wichtige Diskussion, die auf jeden Fall auf die Tagesordnung der Krise der humanitären Regeln gehört. Ich möchte auch etwas zu den Beispielen, die hier genannt wurden, sagen, zu Haiti, zu Ebola und zur Frage der Effektivität. Auch hier möchte ich mich Herrn Westphal und Herrn Gebauer anschließen. Es geht um unser wichtigstes Instrument für die Qualität der Nothilfe, nämlich die Kooperation mit den lokalen Einrichtungen und Partnerorganisationen, mit den Menschen am Ort. Da können wir als Rotes Kreuz auf eine umfangreiche, weltumspannende Bewegung zurückgreifen. Unser geborener Partner in unseren Ebola Stationen in Kenema war beispielsweise das Rote Kreuz von Sierra Leone, das sehr gut aufgestellt ist. Es gibt da andere, die nicht so gut aufgestellt sind. Aber - und das lässt mich hoffen - wenn man fragt, wie es mit Ebola weiter geht, so ist an den verschiedenen Orten des humanitären Einsatzes bereits eine gewisse Langfristigkeit entstanden. Wir hinterlassen mittlerweile eine große Zahl von exzellent ausgebildeten lokalen Kräften. Wir hinterlassen nicht nur die lokalen Kräfte, die Pflegekräfte und die medizinischen Kräfte so, wie man sich das in klassischer Weise vorstellt, sondern, was mir persönlich am meisten imponiert hat, in Sierra Leone, das heißt in Kenema, sind der Verwaltungsstab und der Krisenstab der lokalen Bezirksregierung wie ein Krisenstab der Berliner Berufsfeuerwehr vorgegangen, mit dem Feuerwehrchef, dem Polizeichef, dem Bürgermeister, dem religiösen Führer usw. Sie haben es hervorragend verstanden, dieses Case Management zu machen, dieses „Tracing“. Das sind Kompetenzen, die jetzt da sind und im Falle eines erneuten Aufflackers sicherlich auch wieder zum Tragen kommen würden. Deswegen auch noch einmal, was hier bereits gesagt wurde: Wichtig als Qualitätsinstrument ist einfach von Anfang an die intensive Zusammenarbeit mit den lokalen Leuten und Strukturen und auch die Übergabe aller unserer Einrichtungen, aller unserer Gerätschaften usw. an die lokalen Counterparts. Zum Schluss möchte ich noch etwas zur Frage der



zivilmilitärischen Zusammenarbeit sagen: Da ist natürlich das Rote Kreuz satzungsgemäß in einer völkerrechtlich festgelegten Lage. Das ist schon richtig. Die Rot-Kreuz-Gesellschaften sind ja „auxiliary to its respective public authorities“. Auch gegen den gemeinsamen Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes mit der Bundeswehr in Liberia ist völkerrechtlich überhaupt nichts einzuwenden. Dennoch gebe ich zu bedenken: Was bewirken unsere Bilder, was bewirken die Bilder unserer europäischen Gesundheitsdelegierten an anderen Standorten, an denen Gesundheitsdelegierte tätig sind, Arm in Arm mit Militärs, „blurring the line“? Nehmen wir einmal an, ein Rot-Kreuz-Delegierter arbeitet in Afghanistan und plötzlich tauchen die Bilder aus Nigeria auf. Es heißt dann, die humanitären Helfer seien ja doch nicht ganz weg von der Bundeswehr usw. Das ist etwas, wo wir extrem vorsichtig sein müssen. Zivilmilitärische Zusammenarbeit kann und darf immer nur „the last resort“ sein, wenn es irgendwie anders überhaupt nicht mehr machbar ist, und dann wirklich ganz genau auf der Grundlage der bestehenden völkerrechtlichen Dokumente. Dankeschön.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Vielen Dank, dass Sie den Begriff des „Exoten“ eingeführt haben. Das verbindet uns, glaube ich, auch hier in diesem Ausschuss. Ich darf als nächstes Frau Füllkrug-Weitzel das Wort erteilen.

SV Cornelia Füllkrug-Weitzel (Diakonie Katastrophenhilfe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und vielen Dank, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses. Vielen Dank vor allen Dingen, dass Sie sich dieses Themas, dieser Hälfte Ihres Namens, jetzt so intensiv anzunehmen gedenken und sich tatsächlich sehr viel mehr als in der Vergangenheit mit der humanitären Hilfe beschäftigen, die es absolut verdient und auch absolut nötig hat und Ihre gute Unterstützung und Ihr Kontrollieren und permanentes Mitdenken wirklich gut gebrauchen kann. Dafür sind wir, die Community, herzlich dankbar, und das möchte ich zu Anfang einfach noch einmal unterstreichen. Die Diakonie Katastrophenhilfe – das sei vorweggesagt, da viele unsere Organisationsweise nicht kennen – ist tätig in Ländern, in denen Katastrophen passieren

nicht selber operativ, sondern wir unterstützen fast ausschließlich lokale Organisationen, und lokale Partner, mit denen wir seit Jahrzehnten zusammenarbeiten und die wir auch in ihren Kapazitäten nach Kräften zu stützen und aufzubauen versuchen. Wir sind zusammengeschlossen in der ACT Alliance (Action by Churches Together) und ich war die letzten vier Jahre Aufsichtsratsvorsitzende dieses internationalen Netzwerks, in dem sich über 140 Kirchen und kirchliche Hilfsorganisationen zusammengeschlossen haben, um genau das zu tun, was sicherlich in gewisser Weise das Idealste ist, dass nämlich die jeweils lokalen Partner den Bedarf erheben und an das internationale System melden, und das internationale System sie genau mit dem unterstützt, was sie jeweils brauchen, seien es Finanzen, bestimmte Kapazitäten für einen bestimmten Zeitraum oder Öffentlichkeitsarbeit. Von daher möchte ich in besonderer Weise noch einmal die Rolle lokaler Akteure unterstreichen. Wir haben es mit hervorragend kompetenten Partnern zu tun, die sehr gut mit den Kommunen vernetzt sind, die sehr hohen Respekt in der Zivilgesellschaft genießen, was besonders auf die kirchlichen Partner zutrifft - die nahezu in jedem Winkel sind, eben auch in Ost-Kiwu, wo normalerweise die internationale Hilfsmaschinerie nicht hinkommt. Sie kennen sehr genau die kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Sensibilitäten und auch mögliche Fallstricke - Stichwort Ausschluss der Dalits aus der internationalen Hilfe nach dem Tsunami, weil die Dalits normalerweise nicht in der Dorfgemeinschaft auftauchen und dort Hilfe in Empfang nehmen dürfen. Die lokalen Akteure haben alle diese Qualitäten. Was fehlt ihnen? Es fehlen ihnen natürlich manchmal noch die Kapazitäten. Das heißt, eine systematische Unterstützung des Aufbaus ihrer Kapazitäten ist notwendig. Ich rede hier auch von Zahlen. Die Situation wird dadurch schlimmer, dass sie in der Regel nicht nur nicht unterstützt werden, sondern dass ihnen diese Kapazitäten in akuten Krisen häufig sogar genommen werden. Wenn der internationale Zirkus anrollt, bekommen unsere Mitarbeiter oder die Mitarbeiter unserer Partnerorganisationen geradezu legendäre Gehälter angeboten, und zack sind sie weggekauft, und wir dürfen uns dafür rühmen, dass wir offensichtlich über Jahrzehnte die Mitarbeiter der



UN und anderer Hilfsorganisationen ausgebildet und der eigenen Bevölkerung als Stimme zur Verfügung gestellt haben. Was ihnen noch fehlt, ist vor allen Dingen die aktive Mitsprache und die aktive Mitgestaltung der Planungen der internationalen Hilfe. Im UN-Koordinierungssystem haben sie meist keine Stimme. Das scheitert manchmal schon an so schlichten Dingen wie der Tatsache - wie es zum Beispiel in Haiti war -, dass die internationalen Cluster Meetings nicht ins Französische übersetzt wurden, aber die Mehrheit einfach kein Englisch sprach. Manchmal werden sie aber auch nicht eingeladen. Das heißt, eigentlich werden sie in der Regel massiv übergangen oder völlig ignoriert, obwohl sie genau wissen, welche Bedürfnisse die Bevölkerung wirklich hat. Deswegen sagen wir, dass das UN-System eigentlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden müsste. Eigentlich müssten die lokalen Organisationen wirklich systematisch darin bestärkt werden, ihre Rolle zu spielen. Und von ihnen - und über sie - müsste der Bedarf auch noch einmal evaluiert werden. Damit meine ich nicht, wieviel Tausend Opfer es gibt - da sind sie möglicherweise im Zählen nicht so flink wie die internationalen Organisationen - aber um welche Hilfe es genau geht. Welche Art von Toiletten man dort eigentlich braucht. Ich habe sehr viele UN-Toiletten gesehen, die kein Mensch benutzt hat, weil sie nicht den kulturellen Gegebenheiten entsprachen. Die Standard-Setzung kommt von der internationalen Ebene, die Koordinierung kommt von der internationalen Ebene, und die Leute, die eigentlich wissen, was die Bevölkerung in der Situation braucht, werden häufig ausgegrenzt. Ich möchte nicht behaupten, dass die lokalen Akteure, die nationalen Akteure und auch die nationalen Regierungen die Helden sind und allein das Geschäft machen sollten, und die internationale Gemeinschaft sich dispensieren sollte - das wäre ein krasses Missverständnis. Ganz im Gegenteil! Die internationale Gemeinschaft hat eine Verantwortung und muss sie auch weiterhin haben. Aber hier würde aus unserer Sicht gelten, dass man von einer gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung zu sprechen hätte, die ineinander greifen muss, und wo es nicht sein kann, dass von der internationalen Ebene her hinunter definiert wird, sondern wo es eigentlich umgekehrt sein müsste. Bei aller Standardisierung muss es

gleichzeitig Raum dafür geben, dass lokale Akteure auch ihren Platz finden können. Das scheitert oft zum Beispiel an der Art von Standards, die gesetzt werden. Es scheitert daran, dass zum Beispiel die Antragstellung für internationale Finanzierungen für viele lokale Organisationen zu kompliziert ist. Wenn ich gesagt habe, wir unterstützen weitestgehend nur Partner und machen nicht selbst etwas, dann gehört das zu den Ausnahmen, da wir bei allen Katastrophen, wo wir dankenswerter Weise Mittel des Auswärtigen Amtes oder von ECHO bekommen, eben immer einen Mitarbeiter vor Ort schicken müssen, der die Partner dahingehend unterstützt, diesen komplizierten Anforderungen zu genügen, also mit AA-Anträgen oder mit ECHO-Anträgen fertig zu werden. Da gibt es viele Dinge, die zu hochschwellig sind, wo man tatsächlich von der guten Basis und von gewissen Standards ausgehend auch viel Flexibilität für die jeweiligen Gegebenheiten braucht. Ich möchte noch einmal hervorheben, dass lokale Akteure in der Zivilgesellschaft extrem wichtig sind - und jetzt rede ich von der Zivilgesellschaft, nicht von den Regierungen -, so dass es deren Katastrophenschutzsysteme mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft auch langfristig und auch auf der kommunalen Ebene auszubauen gilt. Das ist bereits erwähnt worden. Ich halte es für außerordentlich wichtig, die Verwaltungsstrukturen dort herstellen zu helfen. Aber die Zivilgesellschaft ist, wenn sie in einer solchen Situation einer zivilen Katastrophe in dieser verheerenden Weise entmündigt und überrollt wird - wie das unsere Partner erleben, ich kann das aus vielen unserer Evaluierungen von ACT zitieren -, und natürlich auch nach der Katastrophe teilweise traumatisiert. Es gilt aber eigentlich, ihre Rolle zu stärken, denn sie ist ja auch diejenige, die in einer solchen Situation darüber wachen kann, was denn mit der humanitären Hilfe geschieht, die ihre Regierungen bekommen. Faktisch sind gerade in den Ländern, die viele humanitäre Probleme haben, häufig auch zunehmend repressive Gesetzgebungen oder Praktiken gegenüber der Zivilgesellschaft zu sehen oder zu erleben.

Die humanitäre Hilfe darf nicht dazu beitragen, die Zivilgesellschaft weiter an den Rand zu drängen, sondern muss im Gegenteil sie stärken



helfen, denn hier liegt die Stärke zur Selbstorganisation in den ersten vierzehn Tagen. Und hier liegt auch die Stärke, die Hilfe weiter zu tragen und die Menschen weiter zu begleiten. Und die Stärke, die Regierung zu kontrollieren. Deswegen kommt es wirklich darauf an, die Resilienz von Zivilgesellschaften zu stärken und das im wörtlichen Sinne: ihre Selbstorganisation und ihre Widerstandsfähigkeit in jederlei Hinsicht.

Ich hatte konkret schon gesagt, dass die Standards, besonders für lokale Akteure und Gegebenheiten, praktikabel sein müssen und dass es weniger Restriktionen für Finanzierungsvorgaben von internationalen Gebern geben muss. Das wären so einige konkrete Dinge, die sich daraus ergeben würden. Man darf nicht unterschätzen, auch Herr Gebauer hat es angesprochen, welcher einen großen Anteil die Bekämpfung der Ursachen von Naturkatastrophen, aber auch von Gewaltkatastrophen, an der Prävention hat. Bei allem, was wir hier sagen, muss man das Gesamtzusammenspiel aller Ressorts der Bundesregierung betrachten und kann auch nicht weiter darüber lamentieren, dass nicht genug Geld für die Auswirkungen von Klimakatastrophen vorhanden ist, wenn man gleichzeitig zu wenig tut, um den Klimaschutz voranzubringen.

Es ist wichtig, dass Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zusammenspielen. Entwicklung hilft, das haben wir jetzt auch in Westafrika wieder gesehen, auch wenn wir da immer mal wieder eine kleine Meinungsverschiedenheit haben, obwohl wir uns grundsätzlich einig darüber sind, dass beides notwendig ist. Die Arbeit, die „Ärzte ohne Grenzen“ in der Soforthilfe leistet, aber auch die Investitionen in Gesundheitsstrukturen und in die Ausbildung von Fachleuten, sind extrem wichtig. Wir haben über die kirchlichen Gesundheitsstrukturen, die in dieser Region die überwiegende Mehrheit aller Gesundheitsstrukturen ausmachen, versucht, so zu helfen, dass es auch längerfristig möglich ist, das gesamte Gesundheitssystem zu stärken, damit es weiteren Herausforderungen gewachsen ist. Insofern ist aus unserer Sicht Prävention immer ein wesentlicher Bestandteil der akuten Hilfe,

aber ich glaube, darüber sind wir uns auch gar nicht uneinig.

Herr Westphal hat sich bereits zu den kriegsrischen Katastrophen geäußert, das alles könnte ich so unterschreiben. Ich möchte noch etwas zur Nansen-Initiative sagen, die wir für einen sehr nützlichen zwischenstaatlichen Prozess halten. Er dient dazu, völkerrechtliche Vereinbarungen zum Status der Betroffenen und zu deren Rechten zu entwickeln und auch Instrumente zu schaffen, die den Flüchtlingen in der neuen Umgebung neben Rechtssicherheit auch Einkommensmöglichkeiten bieten, besonders wenn eine Rückkehr kurz- oder mittelfristig ausgeschlossen ist. Bei der europäischen Konsultation zum Weltsozialgipfel ist gerade darauf hingewiesen worden, dass die übliche Verweildauer von Flüchtlingen in ihren Gastländern durchschnittlich siebzig Jahre beträgt. Ich fand, dass das eine eigenartige Zahl sei, sie wurde aber auf Rückfragen bestätigt. Das heißt, dass es dringend notwendig ist, darüber nachzudenken, wie man Flüchtlinge langfristig integrieren und auch unterstützen kann. Nun zielt das, was jetzt in der Nansen-Initiative erarbeitet wird, auf eine freiwillige Kooperation, die aber in allgemein verbindliches Völkerrecht zu überführen wäre. Wir sind der Meinung, dass die Bundesregierung darauf hinwirken sollte, dass die Ergebnisse der Initiative in das UN-System aufgenommen und in das internationale Regelwerk eingebunden werden, und sie sich auch zur kommenden Schutzagenda bekennen sollte. Klimabedingte Migranten sind übrigens meistens IDPs (Internally Displaced Persons), also Binnenvertriebene. Hier wären ein ähnlicher Prozess und ein vergleichbares Engagement wie in der Nansen-Initiative, das auch auf die faktische Umsetzung der UN-Leitprinzipien zum Schutz und Umgang mit Binnenvertriebenen zielt, sehr wünschenswert. Vergessene Krisen bitten wir, verstärkt systematisch und bedarfsgerecht zu unterstützen. Die Europäische Union hat dazu sehr gute Kriterien entwickelt. Bei uns im Land scheint nicht eindeutig zu sein, was man gerade als die schlimmste vergessene Krise definiert: Bitte einen größeren Fokus darauf legen und bitte mehr Unterstützung von Öffentlichkeitsarbeit und von Bewusstseinsbildungsarbeit im Zusammenhang mit Katastrophenhilfe leisten. Die



Zeiten sind vorbei, wo wir es uns leisten können, die Erwartung zu wecken, dass die weiße Hand den Schwarzen schnell ein Stück Brot in den Mund schiebt. Das geht wirklich vollständig an der Realität vorbei. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich darf bei uns Herrn Broemme begrüßen. Ich habe Sie bereits vorgestellt. Wir freuen uns, dass Sie gekommen sind und ich darf Ihnen auch direkt das Wort erteilen. Wir haben uns auf fünf bis maximal 10 Minuten geeinigt, sodass wir dann in die Fragestunde einsteigen können.

SV Albrecht Broemme (Bundesanstalt Technisches Hilfswerk): Danke, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, ich musste mich erst einmal von Halle bis hierher durchkämpfen. Deswegen war ich etwas später hier. Ich freue mich sehr, dass auch wir als staatliche Organisation gefragt werden, wie wir einige Dinge sehen. Ich fange erst einmal mit einem kurzen Überblick an. Wir stellen bei unseren Aufenthalten in Not- und Krisengebieten, aber auch bei internationalen Tagungen und Konferenzen, fest: Die Hilfe aus Deutschland, egal wer sie leistet, hat ein sehr hohes Ansehen und wird sehr geschätzt. Generell ist das eine wichtige Aussage. Sie wird manchmal, das kann auch Herr Strässer bestätigen, so geschätzt, weil sie effektiver erscheint als die Hilfe von weltweit umspannenden Organisationen. Das macht einen schon etwas nachdenklich, denn natürlich kann Deutschland nicht das leisten, was man braucht. Ich sehe das auch so. Der Bedarf an Hilfe, ob Soforthilfe, Krisenhilfe, Prävention oder humanitäre Hilfe, scheint zu wachsen. Dazu muss man kein Prophet sein, das wird ja an vielen Stellen bestätigt. Was nicht in gleichem Umfang wächst, sind die finanziellen Ressourcen, um das alles zu bezahlen. Also wird auch der Wettkampf, wer von dem Kuchen was abbekommt, größer – an welcher Stelle auch immer der Streit stattfindet. In diesem Zusammenhang ist es auch aus unserer Sicht zu begrüßen, dass eine gewisse Flurbereinigung zwischen dem Auswärtigem Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stattgefunden hat, die einiges erleichtert. Natürlich gibt es nach wie vor auch Schnittstellen. Dann müssen eben die richtigen Menschen zusammenarbeiten und

dann kann man auch so etwas lösen. Ich war gerade am letzten Freitag zu einer Besprechung über die Ausrichtung des BMZ bei Herrn Minister Müller. Der Minister hat erzählt, dass Minister Steinmeier in den nächsten Tagen in sein Ministerium kommen wird. Das sind Dinge, die früher relativ unüblich waren oder gar nicht stattfanden. Heute findet so etwas statt und man sieht daran, wenn die Oberen zusammenarbeiten, dann setzt sich das auch nach unten durch. Humanitäre Hilfe ist kein politisches Mandat, sondern eine Aufgabe, der sich viele widmen. Das sind in Deutschland Privatpersonen, private Stiftungen, öffentliche Stiftungen und Spenden, die von Radiosendern gesammelt werden, wenn irgendwo etwas passiert ist. Der Tsunami war so ein Beispiel. Da wird dann viel Geld freigesetzt und es stellt sich die Frage, ob dieses Geld immer richtig ausgegeben wird. Ich kann sagen, dass die Umsetzung nicht immer ganz einfach ist. Ein Beispiel, das schwierig war: Das THW hat in Afghanistan im Auftrag der Bundesregierung auch Bauten begleitet, also geplant, überwacht und mit lokalen Mitarbeitern durchgeführt. Eine Bauüberwachung mit afghanischen Firmen ist schon einmal schwierig. Die wird dann richtig schwierig, wenn die Bauüberwacher die Stuben aus Sicherheitsgründen nicht verlassen dürfen, also Ausgangssperre haben. Wenn alles fertig ist, kommt der Rechnungshof und prüft, ob alles nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) auch richtig erledigt ist. Dann findet man natürlich auch ein paar Punkte, die man hätte anders machen können. Ich will damit weder den Rechnungshof noch die VOB kritisieren, aber diese Umsetzungen irgendwo auf der Welt, ohne dass man überlegt, was man vor Ort eigentlich braucht... Das mit den WCs ist auch so ein Beispiel, da könnte man deutlich besser werden und dadurch Gelder sparen, die man an anderer Stelle dringend braucht. Ich möchte das Beispiel Tsunami aufnehmen: Es gab viele Spenden aus dem Saarland, auch ein bekannter Autorennfahrer hatte eine Riesensumme über die THW-Stiftung gespendet, entsprechend dem Motto, „Macht Ihr das bitte dort direkt richtig“. Das war ein großer Vertrauenszuschuss für die technischen Arbeiten vor Ort, das ist ja auch unsere Stärke. Bevor die THW-Projekte dort begonnen wurden, haben wir natürlich geschaut, wo man das Dorf tsunamisicher aufbauen kann.



Sind die Fischer überhaupt bereit, von dem Meer etwas weiter weg zu ziehen. Solche Dinge muss man klären, sonst ist das gut gemeint, aber bewirkt nichts. Wenn man dann den Urwald ein kleines Stück roden muss - das ging nicht anders - , muss man den Untergrund bearbeiten. Ich habe Dörfer gesehen, in denen, als das letzte Haus gebaut war, das erste Haus schon wieder vom Urwald überwuchert wurde. Auch wurde für viel Geld an Stellen gebaut, wo keiner hinziehen wollte, weil der Untergrund nicht vorbereitet war. Nur die Gelder waren verbraucht. Wenn das die Spender wüssten, würden sie sich ganz schön wundern. Hier wurde auch gefragt nach Haiti als einem Beispiel, das uns noch gut in Erinnerung ist. Es wird immer wieder gesagt, in Haiti sei die Regierung schwach gewesen. Es steht mir nicht zu, die Leistungsfähigkeit einer Regierung zu beurteilen, aber sie war in Haiti bestimmt nie sehr stark. Man muss sich allerdings klarmachen, dass ein Drittel der Regierung bei dem Erdbeben ums Leben gekommen ist, ein Drittel der Parlamentarier, der Regierung, der Verwaltung. Eine schwache Regierung wird natürlich durch so etwas erschüttert. Auch vom Botschafter Haitis in Deutschland sind Familienangehörige ums Leben gekommen. Unter solchen Umständen überhaupt noch etwas zu machen, ist schwierig und verlangt allen Respekt. Man ist in Haiti in ein gewisses Vakuum gestoßen worden, das dann von UN-Organisationen gefüllt wurde. Diese Organisationen und auch die Amerikaner haben dann Dinge geregelt und Teile der Staatsgewalt ausgeübt. Da habe ich mich etwas gewundert. Aber gerade in Haiti waren viele Deutsche, die sich dort engagiert haben, bereit, sich von der Deutschen Botschaft – eine der wenigen europäischen Botschaften, die dort noch existierten – koordinieren zu lassen. Insofern kann ich sagen, dass die Hilfe aus Deutschland in Haiti gut koordiniert wurde. Das ist ein schönes Beispiel. In Haiti haben wir auch sofort mit der Caritas zusammengearbeitet. Das THW hat kubikmeterweise Trinkwasser aufbereitet. Wir haben dieses Wasser aber nicht verteilt, sondern es wurde von lokalen Organisationen am Wasserwerk abgeholt. Das ist ein sehr wichtiger Grundsatz. Wenn es geht, arbeiten wir mit lokalen Einrichtungen zusammen. Das funktioniert dann meistens auch sehr gut, weil die ja schon da sind. Das haben wir an vielen Stellen gehabt, wenn zum

Beispiel Malteser International dort über ein Netzwerk oder auch die GIZ über Büros verfügt, sind das immer Dinge, auf die wir im Rahmen der Nothilfe zurückgreifen. Auch ich habe mich gewundert, dass man zu Beginn der Ebola-Krise mal schnell eine UN-Organisation gegründet hat. Das kommt mir vor wie ein Reifenwechsel ohne Boxenstopp bei 200 Stundenkilometern. Das kann man machen, wenn man experimentierfreudig ist. Ich hätte es nicht gemacht, zumal es auch durchaus funktionierende Organisationsstrukturen gegeben hätte. Das THW beginnt bereits während des Einsatzes mit den Lessons Learned. Man macht immer Fehler, doch der intelligente Mensch macht die Fehler nur ein einziges Mal und versucht sie dann zu analysieren und zu erkennen, wie man sie künftig vermeiden kann. Dazu ist es sehr wichtig, dass man miteinander spricht. Die Akteure, die hier sitzen, kennen sich auch untereinander. Jeder hat eine andere Rolle und andere Aufgaben, doch wir versuchen, dort, wo es geht, den Auftritt als Hilfe aus Deutschland sichtbar zu machen. Da kann man sicher auch noch ein Stück besser werden. Wir freuen uns jedenfalls über das Interesse dieses Ausschusses. Die Wertschätzung durch die Politik bedeutet auch, dass man sich in einem solchen Ausschuss mit anderen Organisationen über die Thematik unterhalten kann. Das stärkt auch die Organisation. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich war vor wenigen Wochen bei Ihnen im Zentrallager in Mainz und in der „Einsatzzentrale Ausland“ in Bonn. Ich möchte daher den Dank an Sie zurückgeben. Es war sehr beeindruckend zu sehen, mit welcher Professionalität und Einsatzbereitschaft dort gearbeitet wird. Ich sage außerdem herzlichen Dank an alle fünf Sachverständigen. Wir steigen jetzt direkt in die Fragerunde ein und zwar jeweils nach der Stärke der Fraktionen. Ich wäre außerdem dankbar, wenn die Fragesteller deutlich machen würden, an wen sich die Frage richtet, und Sie sich bitte notieren, wer welche Frage gestellt hat, um sie dann in der Antwortrunde zu beantworten. Der erste ist für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Heinrich.

Abg. **Frank Heinrich** (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Ich bin jetzt ein wenig überwältigt angesichts der vielen Informationen und Fragen,



auf die es, schon bevor sie gestellt wurden, eine Antwort gegeben hat. Einige Fragen allerdings sind noch übrig, andere kommen dazu: Frau Füllkrug-Weitzel, Sie sagten ganz richtig, dass wir das hier ganz bewusst zum Thema gemacht haben. Sie sehen das bereits auf dem Schild des Menschenrechtsbeauftragten, dessen Titel oft nur verkürzt dargestellt wird, obwohl er, genau wie unser Ausschuss, auch für die humanitäre Hilfe zuständig ist. Wir haben schon gesagt, eigentlich müssten wir es einmal umdrehen, um einen anderen Zugang zu bekommen. Der Bericht gibt uns einen ersten Anlass. Es wird aber nicht das letzte Mal sein, dass dies hier im Ausschuss Schwerpunkt und Thema ist. Ganz herzlichen Dank!

Ich komme mir angesichts des Reichtums an Experten in Deutschland, die uns beraten können, wie in einer Coaching-Situation vor. Was über die Coaching-Situation hinausgeht, ist, dass Sie uns auch noch weiteren Rat geben dürfen, um den ich Sie sogar ausdrücklich bitte. Ich bin auch ein wenig stolz, dass wir hier so viel Kompetenz haben. Die erste Frage geht an Herrn Broemme und an Herrn Professor Gardemann: Innerhalb dessen, was als Paradigmenwechsel ansteht, denken wir immer wieder auch an Innovationen, an Informations- und Kommunikationstechnologie, Satelliten und Cash-transfer-Programme, welche gerade in Afrika eine große Rolle spielen. Für wie wichtig halten Sie das? Ist das angemessen und wo sind die Grenzen? Hinsichtlich des erwähnten Paradigmenwechsels würde ich gerne wissen, wie Sie folgendes bewerten: Frau Staatsministerin Böhmer aus dem Auswärtigen Amt hat gestern in einer Rede gesagt, dass sie in diesen Tagen dabei seien, eine eigenständige Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge einzurichten. Da bitte ich um eine kurze Stellungnahme, wobei ich weiß, dass das sehr frisch ist. Die zweite Frage geht noch einmal an die beiden genannten Herren: Inwiefern funktioniert die Ressortvereinbarung im Feld? Wie kann das weiter optimiert werden? Gerade für Sie, Herr Broemme, der Sie für eine Bundesanstalt stehen. Wenn da sieben Ministerien koordiniert werden müssen, wo sind da die Herausforderungen und wo wird das am Ende auch sichtbar? Die dritte Frage geht an Herrn

Professor Gardemann und Herrn Gebauer als Vertreter von „medico international“ und damit allgemein von Nichtregierungsorganisationen: Im Juni 2016 wird der World Humanitarian Summit stattfinden. Da gibt es diese „Road to Istanbul“ - so würde ich sie einmal nennen - mit den vielen regionalen Foren, die da bereits sind. Wie schätzen Sie die Ergebnisse dieser Foren ein, was haben Sie für Wünsche bzw. Erwartungen, wobei letztere ja auch sehr begrenzt sein können? Der vierte Bereich geht an Sie, Herr Westphal: Ich habe ihre Kritik gut verstanden, die wir ja durchaus häufiger hören. Es geht um Chancen und Risiken einer Weißhelmtruppe. Wer soll agieren, wenn politische Vor-Ort-Akteure „Neutralität“ einfach nicht zulassen? Da sind wir in so einer politischen Dilemma-Situation. Wie würden Sie das auflösen? Frau Füllkrug-Weitzel, wenn der VN-Sicherheitsrat nicht das wirklich funktionierende Gremium ist, wer könnte es dann sein, oder wie müsste der Sicherheitsrat sich verändern? Wie schätzen Sie die humanitäre Hilfe von staatlichen Akteuren ein, wie wir sie zum Beispiel gerade in der Ostukraine erleben? Dankeschön.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank! Als nächster hat sich für die SPD-Fraktion Kollegin Finck-Krämer zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. **Ute Finck-Krämer** (SPD): Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank! Ich habe mir die Statements vorher durchlesen können und habe an Sie, Herr Broemme, zwei Fragen zu Bemerkungen, die Sie in Ihrem schriftlichen Statement gemacht haben. Einmal haben Sie zum Nordirak gesagt, dass das THW einen Vorschlag gemacht habe, der jedoch nicht umgesetzt worden sei. Ich weiß nicht, ob Sie uns in dieser Öffentlichen Anhörung sagen können, was für ein Vorschlag das war und wo es „gehakt“ hat? Es wäre etwas, wo wir als Abgeordnete einfach einmal nachfragen könnten. Sie haben angedeutet, dass man in einigen aktuellen Konflikten an die Einhaltung der Oslo-Guidelines erinnern müsste. Auch da würde mich interessieren, welche Konflikte Sie da sehen, um gegebenenfalls auch da nachhaken zu können? Mehrere von Ihnen – daher kann ich das nicht genau adressieren – haben angedeutet, dass in akuten humanitären Krisenlagen – gerade wenn ein öffentliches



Interesse besteht – eine ganze Welle an gut gemeinter Hilfe über die Länder hereinbricht. Das bedeutet ja dann normalerweise auch, dass sich dort mehrere Staaten engagieren. Meiner Wahrnehmung nach haben unterschiedliche Staaten aber auch sehr unterschiedliche Ansätze, wie die staatlich geleitete oder staatlich geförderte humanitäre Hilfe organisiert werden soll, auch wenn das von ihnen nicht immer so explizit formuliert wird. Der humanitäre Gipfel ist bereits angesprochen worden: Aber, es gibt ja immer auch bilaterale Absprachen zwischen einzelnen Ländern bzw. Gespräche, wo einerseits Parlamentarier, andererseits Regierungsvertreter miteinander reden. Gibt es Länder, von denen man sagen kann, dass der Gesprächsbedarf besonders groß ist? Wo also deutsche Politiker oder deutsche Regierungsvertreter aus Ihrer Sicht etwas tun könnten und sollten, damit sich deren Art und Weise, humanitäre Hilfe zu leisten, ändert? Die dritte Frage: Aus Ländern, in denen es christliche Kirchen gibt, ist mir aus meiner bisherigen Erfahrung bekannt, dass dort Ansprechpartner aus Nichtregierungsorganisationen und Organisationen existieren, zu denen langfristige Partnerschaften bestehen. Wie ist das in Ländern, wo es keine christlichen Partnerorganisationen gibt? Wir haben überall das Rote Kreuz oder den Roten Halbmond und ähnliche Organisationen. Aber gibt es Nichtregierungsorganisationen, auf die wir vielleicht aufmerksamer werden müssten? Eine weitere Frage an Herrn Gebauer: „Geneva Call“ hat sich uns in der Tat schon einmal vorgestellt. Wir haben aber nicht so richtig mitgenommen, was wir zu deren Unterstützung tun könnten. Da wäre ich für einen konkreten Tipp dankbar.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Kollegin Höger aus der Fraktion DIE LINKE., bitte.

Abg. **Inge Höger** (DIE LINKE.): Auch von mir vielen Dank für die Eingangsstatements, die wirklich auf viele Probleme der humanitären Hilfe hingewiesen haben. Es wurde ja von mehreren besonders die zivilmilitärische Zusammenarbeit bzw. die Trennung von humanitärer Hilfe und militärischem Eingreifen kritisiert. Es wurde von allen kritisiert, dass man die zivilmilitärische Zusammenarbeit wirklich genau trennen muss.

Herr Westphal und Herr Gebauer haben nicht nur das Militär angeführt, sondern auch die Rolle der UNO kritisch gesehen, weil auch die UNO in beiden Bereichen tätig ist und auch dort die Neutralität der humanitären Hilfe gefährdet wird. Da hätte ich gerne noch einmal genauer ausgeführt, ob Sie auch Ideen haben, wie man das in Zukunft vermeiden kann, wobei natürlich sowohl politische als auch humanitäre Aufgaben anfallen? Wie kann man das trennen und zu besseren Ergebnissen kommen? Das zweite war – auch von vielen bereits angesprochen –, dass es sehr wichtig ist, die Betroffenen vor Ort einzubeziehen. Mit niedrigschwelligen Angeboten kann oft mehr erreicht werden, als wenn man beginnt, den großen Hilfsapparat von außen mit viel Geld, aber wenig Kenntnis der Situation vor Ort einfliegen zu lassen. Da hätte ich gerne auch noch einmal konkrete Vorschläge gehört, wie man das wirklich ändern kann, damit die Hilfe in Zukunft bei den Betroffenen direkt ankommt und das Geld nicht irgendwo versackt. Ganz konkret ist das ja wohl bei der Ebola-Krise geworden. Zum einen haben Organisationen ihre Helferinnen und Helfer abgezogen, weil sie Angst vor der Ansteckungsgefahr hatten, zum anderen waren die Gesundheitssysteme in den Ländern zusammengebrochen und es gab kaum Möglichkeiten, etwas vor Ort zu organisieren. Auch die WHO hat zu wenig Geld bekommen. Da waren dann auch die Helferinnen und Helfer nicht mehr vorhanden, die man hätte schicken können. Haben Sie konkrete Vorschläge zur Stärkung solcher Organisationen? Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kollege Koenigs.

Abg. **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch ich möchte mich sehr herzlich für ihre schriftlichen Stellungnahmen bedanken, die ja sehr viel „food for thought“ erbracht haben. Aber auch dafür, dass Sie gekommen sind und uns mündlich noch einmal auf ein paar Punkte aufmerksam machen. Das ist nicht das einzige Mal, wo wir das Thema „humanitäre Hilfe“ beleuchten. Wir haben uns Schwerpunkte gesetzt und werden Anfang nächsten Jahres noch einmal sehr ausführlich über die Effektivität von humanitärer Hilfe diskutieren und auch eine



Anhörung dazu haben. In diesem Sinne interessiert mich folgender Punkt: Sie alle haben direkt - oder auch indirekt, da es ja ein Bericht der Bundesregierung ist - unterschiedliche Kritik formuliert. Ein Punkt scheint mir offensichtlich: Eine Evaluierungsinstitution gibt es eigentlich nicht. Jetzt hat der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, für die Entwicklungszusammenarbeit ein Institut geschaffen. Ob das der richtige Weg ist, weiß ich nicht. Aber eine systematische Evaluierung, was denn nun geht und was nicht, fände ich wirklich ausreichend interessant, um darauf Intelligenz und auch Mittel zu verwenden. Mein zweiter Punkt: Die Bundesregierung hat von einem Paradigmenwechsel in Richtung Nachhaltigkeit gesprochen. Das klingt alles wunderschön und ist auch „moderne Sprechweise“. Sie haben alle sehr deutlich gesagt, dass man sich auf die lokalen Akteure stützen müsste. Herr Gebauer und auch Frau Füllkrug-Weitzel machten das sehr deutlich. Sie und auch Herr Westphal sprachen außerdem die Probleme an, die die Unabhängigkeit, die Qualifikation und die Bezahlung betreffen. Manchmal sind die lokalen Akteure auch nicht da. Aber auch an den Problemen zu arbeiten, die wir selbst machen, dass lokale Akteure nämlich nicht agieren können – dazu gehören das Jährlichkeitsprinzip, die komplizierte Antragstellung und so weiter – , fände ich sehr reizvoll und wichtig. Sonst bleibt das mit dem Paradigmenwechsel einfach nur so ein Ding. Da weiß ich nicht, inwieweit Sie damit auch eine Kritik an dem Bericht verbinden Und schließlich, militärisch-zivile Zusammenarbeit: Wir haben da ja die unterschiedlichsten Erfahrungen gemacht – Tsunami, Banda Aceh, wo auch ich war – überall dort war das Technische Hilfswerk und hat sehr viele Koordinierungsaufgaben übernommen. Da gab es Trinkwasser und eine Suppe, das hat bereits sehr geholfen. Umgekehrt: Die Bundeswehr hat 14 Tage nach dem Tsunami dort ein Feldlazarett aufgebaut, wo alle Leute, die akute Krankheiten oder Verletzungen hatten, entweder schon versorgt oder bereits gestorben waren. Das Feldlazarett war leer. Wir gingen da mit dem Minister durch, während eine Frau mit großem Geschrei ein Kind bekam. Das war alles, was dort passierte. Was man dort natürlich gebraucht hätte, wäre eine Sanitätsstation gewesen, in der eventuell Masern hätten

behandelt werden können. Da sieht man, dass militärische Arbeit oft nicht nur die Linien verstellt, sondern auch einfach sinnlos ist. Gibt es da Kritik an dem, was gegenwärtig gemacht wird? Die Sanitäter bei der Bundeswehr haben auch ein rotes Kreuz. Da gibt es ja Schnittmengen. Gibt es also bei Ihnen Kritik daran, wie diese Bundesregierung es macht? Es gibt noch einen letzten Punkt: Die 29 europäischen Staaten leisten humanitäre Hilfe und die Kommission leistet sie auch. Die Prinzipien sind bei allen dieselben, oft sind auch die Organisationen dieselben. Warum machen wir das eigentlich nicht zusammen?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Die Fragen sind an alle oder auch speziell an einzelne Sachverständige gerichtet. Ich schlage vor, die Antworten jetzt in umgekehrter Reihenfolge zu geben. Ich will außerdem gleich ankündigen, dass sich an die erste Frage- und Antwortrunde ein direktes „Frage-Antwort-Spiel“ anschließen wird. Der erste Sachverständige, den ich aufrufe, ist Herr Broemme.

SV **Albrecht Broemme** (Bundesanstalt Technisches Hilfswerk): Ich werde versuchen, zu den Fragen wie folgt Stellung zu nehmen: Ich fange mit Tom Koenigs an, der aufgrund seiner vielen Aktivitäten weiß, was alles schon passiert ist, und was das THW schon gemacht hat. Das THW ist ein sehr kleiner Akteur. Wir nehmen unsere Rolle intensiv wahr und werden dadurch auch selber erfreulich und verblüffend stark wahrgenommen. Das gehört dazu. Das Jährlichkeitsprinzip ist in der Tat ein Problem. Das fängt schon damit an, dass die Heads of Mission immer Hauptamtliche sein müssen. Da müssen wir entweder jemanden aus Deutschland hinschicken oder einen Helfer einstellen. Wir wissen meistens im November noch nicht, ob es im Januar überhaupt noch weiter geht. Mehrjährige Planungen in einem bescheidenen Umfang werden bei diesen Projekten sehr gut sein. Zum Thema zivilmilitärische Zusammenarbeit muss ich sagen: Es gibt sicher Situationen, in denen ein Militärlazarett das Maß der Dinge ist; zum Beispiel arbeitet das französische Militärlazarett in dem Flüchtlingslager Al Za'atari in Jordanien sehr wirksam. Das sitzt dort allerdings fest und wird jahrelang dort beschäftigt sein, was vielleicht auch



nicht so beabsichtigt war. Generell sind Einsätze von Militärs umfangreicher, dauern länger und sind erheblich teurer. Das sollte man nur dort machen, wo es wirklich sein muss. Die Frage von Frau Höger zur Einbeziehung Betroffener vor Ort: Das machen wir, wo es geht, bei allen. Einbeziehen heißt, wir schauen, ob es in einem Flüchtlingslager, sei es in Nordirak oder in Jordanien, lokale Organisationen gibt. Dort suchen wir Leute zum Teil mit exzellenten Ausbildungen, die auch gerne etwas tun wollen. Die wollen arbeiten, die wollen nicht nur herumsitzen. Die werden bei uns eingestellt und sind dann auch formal THW-Helferinnen und Helfer, die von uns wöchentlich auch bezahlt werden. Das gibt dann auch keine Schleifen, das Geld kommt also direkt an. Damit haben wir außerordentlich gute Erfahrungen gemacht, zumal diese Leute natürlich auch den kulturellen Hintergrund haben, die Sprache beherrschen und so weiter. Das betrifft Einzelpersonen in Lagern sowie auch in Organisationen.

Frau Dr. Finck-Krämer, wir wurden gefragt, ob man im Nordirak nicht ähnliches tun kann, wie wir es in Haiti getan haben, also mit dem Aufbau von Lagern gleichzeitig auch örtliche Katastrophenschutzeinheiten schulen. Das kann man machen. Das ist ein wenig Mehraufwand und kostet natürlich Geld. Solch ein Fall gehört ins Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wir haben diesen Vorschlag daher auch im letzten Jahr eingereicht und er wurde abgelehnt. Man teilte uns mit, es gebe schon so viele NGOs, die sich im Nordirak tummeln wollten, dass das BMZ dem THW keine Mittel geben werde, zumal man bereits der GIZ Mittel gegeben habe. Ich habe diesen Vorgang am Freitag Minister Müller vorgelegt, mit dem Hinweis, er möge doch in seinem Haus einmal anregen, über diese Entscheidung nachzudenken. Es handele sich um eine sehr sinnvolle Überbrückungsmaßnahme. Wobei ich betonen möchte, dass es nicht die Absicht des THW ist, mehrjährig in solchen Projekten zu arbeiten. Unser Schwerpunkt ist die Soforthilfe und zwei Jahre sind bereits eine lange Zeit, was sich in diesen Fällen aber nicht umgehen lässt. Was die Oslo-Guidelines betrifft, so mussten wir das zum Beispiel in Haiti feststellen. Da war das manchmal grenzwertig.

Das lag an dem Einsatz verschiedener Armeen und da können wir natürlich nur aus unserer Position heraus appellieren, das muss an den richtigen Stellen ankommen. Es gibt sie, wenn auch nicht von allen unterschrieben, aber von den maßgeblichen Akteuren schon. Darauf muss man eben achten. Die gut gemeinte Hilfe kann natürlich auch ganz schrecklich sein. Was nach einem Erdbeben an Hilfsgütern kommt, führt häufig dazu, dass die Flughäfen mit Hilfsgütern vollgestopft sind, die keiner braucht, wo der Abfluss nicht organisiert ist. Bei der Ebola-Hilfe hat man das übrigens gezielt zu vermeiden versucht, und, wie ich meine, auch mit Erfolg. Welche Länder könnten mehr humanitäre Hilfe leisten? Es gibt Länder, die ziehen sich auf Grundpositionen und Minimalgrundsätze zurück. Zum Teil, weil sie keine eigenen, wirklich schlagkräftigen Organisationen haben, die man dann auch sichtbar ins Feld schicken könnte. Allein, wenn man den europäischen Gedanken nimmt, kommt es eigentlich mehr darauf an, dass Europa an sich und nicht die einzelnen Staaten mehr machen. Mir wäre das recht. Wir würden uns dann ein EU-Zeichen an den Ärmel binden, um das auch sichtbar zu machen. Da gibt es sicher noch viel zu tun. Je nachdem, was für ein Land es ist, gibt es dann auch staatliche Schwerpunkte. Frankreich zum Beispiel hat sich in Kurdistan kaum betätigt, aus welchen Gründen auch immer. Wir haben auch schon angeregt, dass sie mehr tun könnten. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Die Frage von Herrn Heinrich zu Innovationen: Im Rahmen der Nothilfe braucht man eher die Zeltplane mit vier Ösen, um die Leute vor dem Dauerregen zu schützen. Da kommt es auf die ganz einfachen Dinge an. Aber es gibt natürlich Innovationen, die man verwenden könnte und die bislang noch zu wenig gegriffen haben. Wenn man in Indonesien Häuser baut und keine Solaranlage oder ähnliches auf die Dächer setzt, hat man eigentlich schon mehrfach falsch gehandelt. Einmal, weil man versäumt hat, die deutsche Technik gleich mit zu erklären, und zweitens, weil man versäumt hat, etwas zu tun, um den Leuten die Stromnutzung zu ermöglichen. Da gibt es noch ein weites Betätigungsfeld, dieses Thema haben wir aufgenommen. Wir wollen zu der Frage, wie man das noch verbessern könnte, auch einen Workshop machen. Natürlich ist das auch eine Frage des Geldes, aber nicht nur. Es ist erst



zum einen eine Frage nach Konzepten. Für das THW, also für eine staatliche Organisation, funktioniert die Zusammenarbeit in Deutschland auch mit vielen Ministerien. Im Prinzip haben wir den Innenminister über uns und die Ministerien müssen sich dann koordinieren. Wir haben natürlich auch unsere Querverbindungen und bekommen auch manchen Auftrag direkt. Im Prinzip funktioniert das. Bei staatlicher Hilfe in der Ukraine ist es natürlich ein Thema, wer sie leistet. Ich war gerade in der letzten Woche in Kiew. Der Abgeordnete Koschyk war zu dieser Zeit auch in der Deutschen Botschaft. Wir haben uns sehr intensiv unterhalten können. Die Hilfe, die Deutschland über die GIZ an die Ukraine geliefert hat, bestand ebenfalls in einer Kolonne mit 120 Fahrzeugen. Das THW hat den Grenzübergang Polen-Ukraine gemanagt und dort einiges organisiert. Das war unsere Rolle. Mit der Hilfe von polnischen Kollegen hat das gut geklappt. Diese Hilfe kam gut an, weil es auch eine erwünschte Hilfe war. So ähnliche Kolonnen aus der anderen Richtung haben eigentlich mehr Ärger und mehr „Naserümpfen“ verursacht. Also es kommt schon darauf an, wie man es wohin macht und womit. Hier hat das BMZ, über die GIZ, staatliche Hilfe in der Ukraine geleistet. Diese Dörfer sind inzwischen aufgebaut, sind in Betrieb. Wir haben sie gesehen. Das ist schon etwas, wo man sagen kann: Ja, staatliche Hilfe ist auch an einigen Stellen der richtige Ansatz. Man kann nicht alles den privaten Akteuren überlassen, gerade in solchen Gebieten, wo es sehr schwierig sein dürfte. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Frau Füllkrug-Weitzel, bitte.

SV Cornelia Füllkrug-Weitzel (Diakonie Katastrophenhilfe): Die Frage zum Humanitären Gipfel war zwar nicht an mich gerichtet, aber da ich an der Europakonsultation beteiligt war, erlaube ich mir, dazu kurz drei Dinge zu sagen: Erstens: Das Grundproblem ist der relativ schwache Vorbereitungsprozess und vor allen Dingen die bisher in systematischer Weise nicht erfolgte Beteiligung der lokalen Akteure. Der Vorbereitungsprozess ist im Prinzip sehr stark auf die internationalen Organisationen ausgerichtet und wird von denen massiv dominiert, bis in viele Arbeitsgruppen hinein. Wir haben als

zivilgesellschaftliche Akteure uns immer wieder zwischendurch unter der Führung von VOICE zusammengetan und versucht zu sagen, wo wir die Stimme noch einmal stärker erheben müssen. Man konnte in manchen Arbeitsgruppen diskutieren, was man wollte, am Schluss stand eigentlich immer schon fest, was dabei herauskommen sollte. Das entsprach sehr stark den internationalen Organisationen. Das ist eine Schwierigkeit. Die Einbeziehung Betroffener, die Stimme der Betroffenen überhaupt, und auch die Einbeziehung lokaler Organisationen findet so wenig wie möglich statt. Das hat auch etwas mit dem schwachen Vorbereitungsprozess zu tun und zeigt sicherlich auch ein Stück Hilflosigkeit oder man hat es überhaupt noch nicht einmal bedacht. Aber gleichzeitig wurde die Rolle lokaler Organisationen massiv betont, allerdings mit der Gefahr, lokale Organisationen als billige Hilfsinstrumente zu degradieren und für die Durchführung der Hilfe zu instrumentalisieren. Sie wurden an keiner Stelle als Menschen oder als Organisationen, die in eigener Verantwortung, mit eigenem Recht sprechen und sich beteiligen und auch ihren eigenen Plänen oder von ihnen mitbestimmten Plänen folgen. Ein zweiter Punkt, der dort sehr groß geschrieben wurde und der auch bei den anderen regionalen Konsultationen groß geschrieben wurde, besteht darin, die Übergänge zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu gestalten und sehr viel stärker auf „Preparedness“ zu setzen, was wir hier auch gesagt haben. Hier fällt auf, dass meiner Meinung nach die Entwicklungszusammenarbeit sich bisher recht wenig um dieses Thema kümmert und ihren eigenen Agenden folgt. Es wäre interessant gewesen, das jetzt stärker einzubringen in die Post-2015-Entwicklungsagenda. Da ist ein echter weiterer Diskussionsbedarf, darüber, dass hier auch die Agenden ineinandergreifen und dass Preparedness, Prevention und Rehabilitation ihnen nicht als der Entwicklungszusammenarbeit fremde Themen von außen immer wieder neu zugemutet werden müssen.

Zur militärisch-zivilen Zusammenarbeit möchte ich erstens sagen, dass es einen Gesprächsprozess zwischen VENRO und Mitarbeitern aus der Führung der Bundeswehr gegeben hat, der zu einer sehr guten Handreichung vom 8. April 2013



geführt hat. Sie heißt „Empfehlungen zur Interaktion zwischen VENRO-Mitgliedsorganisationen und der Bundeswehr“. Ich empfehle diese Handreichung den Ausschussmitgliedern sehr, aber wahrscheinlich kennen Sie sie ohnehin. Dennoch empfehle ich Ihnen, dies auch der Bundesregierung gegenüber immer wieder anzusprechen und auf größere Verbindlichkeit dieser Absprachen zu drängen. Darin ist genau und gut geregelt, inwiefern es da Zusammenarbeit geben kann, bei Naturkatastrophen zum Beispiel, wo einfach bestimmte Ressourcen wie schwere Räumgeräte auch vom THW nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Es ist im Prinzip sinnvoll, so viel Zusammenarbeit wie nötig und so viel Trennung wie möglich durchzuhalten und darauf besonders in Gewaltkatastrophen zu achten. Ich denke, dass dies viel deutlicher gemacht werden muss. Es gibt immer wieder eine Tendenz, militärische Einsätze, wenn sie unpopulär sind und auch im Bundestag vielleicht nicht automatisch die erforderliche Zustimmung finden – wir hatten ja gerade den jüngsten Fall mit dem Irak -, mit der Unterstützungsleistung oder der Notwendigkeit, humanitär zu wirken, zu begründen. Die ganze Debatte über die so genannte humanitäre Intervention, die es in den letzten zehn Jahren gab, ist im Prinzip falsch gewesen. Es gibt ein großes Problem und eine große Versuchung, die Dinge zu vermischen, meistens aus legitimatorischer Absicht heraus, um etwas Schönes daran zu finden, dass das Militär interveniert. Das Militär ist immer wieder auch für humanitäre Einsätze benutzt worden, damit deutlich wird, dass Deutschland hilft. Das hatten wir zum Beispiel bei den legendären Hubschrauber-Einsätzen in Mosambik, die dann immerhin wohl 13 Menschenleben gerettet haben, aber einen gigantischen Anteil des Haushaltbudgets für humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes aufgebraucht haben. Denn es gilt, was mein Vorredner schon gesagt hat: Dies ist mit Abstand die teuerste Form von humanitärer Hilfe.

Wo müsste man mit Regierungen sprechen? Zum einen dort, wo sie erkennbar wenig Interesse an den humanitären Prinzipien zeigen, vielleicht auch wenig Kenntnis davon haben. Dort müsste jeder Regierungskontakt und jeder

Parlamentskontakt genutzt werden, um auf die humanitären Prinzipien hinzuweisen und über deren Einhaltung zu sprechen. Auch wo Regierungen einerseits tatsächlich massive Unterstützung brauchen, andererseits aber auch darauf hingewiesen werden müssen, dass sie einen Großteil der Gelder, die sie aus der zwischenstaatlichen Hilfe bekommen, auch für den Aufbau von Katastrophenschutzsystemen einsetzen sollen und müssen, und dass dies ein wichtiger Bestandteil ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung ist.

Wo es keine christlichen Organisationen gibt, gibt es meistens andere religiöse Organisationen, mit denen sich der Dialog und die Zusammenarbeit häufig lohnen, sofern sie sich dem Prinzip verschreiben, diskriminierungsfrei allen Betroffenen und in Not Befindlichen zu helfen. Es ist dabei darauf zu achten, dass man auch sonst solche Organisationen unterstützt. Sie sind übrigens aus einigen unserer Operationen, und, wie ich glaube, auch denen anderer lokaler Hilfsorganisationen, die vom Grundprinzip her, das heißt von der Zusammensetzung ihrer Aufsichtsgremien, neutral im Sinne von Beteiligung verschiedenster Ethnien und Religionen sind, nicht mehr wegzudenken.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Professor Gardemann, bitte.

SV Prof. Dr. **Joachim Gardemann** (Kompetenzzentrums Humanitäre Hilfe der FH Münster): Herr Heinrich, Sie sprachen im Rahmen des Paradigmenwechsels auch von neuen technologischen Entwicklungen. Hier besteht eine ganz große Chance. Es gibt mittlerweile in den letzten zehn Jahren ein ganz großes Interesse der Hochschulen, aber auch der Unternehmen, in diesem Bereich Fortschritte zu machen. Wir hatten zum Beispiel einen großen Kongress mit Logistik-Firmen über humanitäre Logistik. Da muss man jetzt miteinander reden, die wollen alle gern dort hinein. Die können das auch recht gut. Bis auf „the last mile“, dann können sie es nicht mehr. Aber darüber kann man reden, da ist in der Tat ein Potential. Denken Sie an IT-Unternehmen. Man muss ja nicht immer die eigenen Satellitenempfänger aufstellen, man kann auch eine Firma damit beauftragen. Es gibt ein



unglaubliches Potential in den Hochschulen, es gibt unglaublich viele studierende Doktoranden, die wirklich hoch spannende, gerade im IT-Bereich, Erfindungen gemacht haben, die sehr hilfreich sein können. Die brauchen aber immer den Kontakt zu erfahrenen Leuten, das ist manchmal sehr „kosmisch“, das heißt „nicht praxistauglich“. Aber da sind in der Tat einige wirklich großartige Diamanten darunter, die man auch fördern kann und die dann auch international Erfolgsmodelle werden würden. Sie sprachen von einer Abteilung Krisenprävention beim Auswärtigen Amt. Nach meiner Wahrnehmung ist das Referat VN 05 bereits auf dem Wege dahin. Ob diese Verbindung zwischen Auswärtigem Amt und Entwicklungszusammenarbeit im Feld funktioniert, weiß ich nicht. Das ist im Einsatz furchtbar kompliziert, weil im Einsatz das, was hier in Deutschland passiert, ganz weit weg ist. Da haben wir es ja mit der World Health Organization (WHO) zu tun, da haben wir es mit den lokalen Regierungen zu tun, mit der Bezirksregierung, mit den „tribal leaders“, den Stammesführern. Und da haben wir es gerade jetzt auch mit der organisationsinternen Hierarchie und den „reporting lines“ zu tun. Das dringt bislang nicht durch.

Istanbul World Summit: Wichtig wäre es, die jungen Menschen einzubinden, da diese jungen Menschen über eine unglaubliche Motivation, sich an diesen Dingen zu beteiligen, verfügen, und auch, weil sie die zukünftigen Akteure in diesem Felde sind. Wenn wir von „Emergency Preparedness“ sprechen, müssen wir ja auch schon zeitlich so anfangen. Das wäre ein ganz wichtiger Punkt, dass das nicht immer in Expertengremien bleibt, sondern dass Hochschulen und die jungen Menschen sich da aktiv in solchen Sitzungen mit einbringen können, auch bis nach Istanbul hin.

Frau Finckh-Krämer, Sie hatten zur staatlichen Hilfe, auch am Beispiel Haitis, gefragt. Für mich war es ein negatives Beispiel, dass die USA ziemlich schnell den Flughafen okkupiert und dann nur noch amerikanische Hilfsorganisationen hinein gelassen haben. Wenn Sie sich die Evaluation ansehen, dann haben in Haiti nur die USA Hilfe geleistet. Uns ist es gelungen, sie durch Einschaltung unseres Rot-Kreuz-Nottransponders

zu überlisten, daher durften wir auch mit unserem Frachtflugzeug ausnahmsweise in Port-au-Prince landen, was sonst nicht möglich war. Da folgt die Nothilfe durchaus auch politischen Erwägungen. Das muss nicht nur in Russland mit den weißen LKW passieren, das geschieht auf der ganzen Welt. Ich kann mich auch erinnern, dass, als wir nach dem Erdbeben in Bam waren, kamen die Amerikaner auch groß mit amerikanischen Flaggen. Da gab es mehr Flaggen als Hospitalbetten. Das entspricht so nicht dem Code of Conduct. Frau Füllkrug-Weitzel, es gibt in allen Ländern Organisationen, die nicht christlichen Glaubens sind. Es gibt zum Beispiel Islamic Relief. Das ist eine Organisation, die auch in Deutschland sehr anerkannt ist, auch Mitglied der Aktion „Deutschland hilft“ und im Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe vertreten ist, die außerdem wieder über eigene Netzwerke in muslimischen Ländern verfügt. Dort kann man Hilfsorganisationen finden.

Frau Höger, Sie sprachen die Neutralität der UN an. Ich möchte Ihnen ganz kurz eine Anekdote erzählen: Ich war Sri Lanka im Tamilenkrieg in. Dort gab es einen Checkpoint, wo immer sehr gefilzt wurde. Das war wirklich wie die Zonengrenze früher. Da musste man durch. Es gab ein Hin und Her und es wurde mit Spiegeln unter das Auto geguckt. Doch das Rote Kreuz wurde nie gefilzt. Wir wurden immer von den Tamil Tigers durchgewinkt. Und die UN wurden dermaßen schlecht behandelt, dass sie ihre Autos auseinanderbauen, die Sitze rausnehmen mussten und so weiter. Da habe ich mit einem Tamil Tigers Commander diskutiert. Ich fragte ihn: „Why do you treat the United Nations so badly?“ Da sagte er zu mir: „Well, Sir. United Nations is United Nations and not United Rebels.“ Da wurde mir klar, dass die Vereinten Nationen für viele Separatisten überhaupt kein Organ sind, das ihre Interessen vertritt. Deshalb sind die Vereinten Nationen oft nicht neutral. Deshalb haben wir zum Beispiel in Haiti nicht mit den UN-Kräften zusammengearbeitet. Wiederum wegen „blurring the lines“, weil die UN-Mandatskräfte, die natürlich ein Völkerrechtsmandat hatten, im Land verhasst waren, da sie als Okkupatoren empfunden wurden. Daher galt für uns, dass wir bitte nicht mit ihnen zusammenarbeiten, denn dann würden wir das Wohlwollen der



Bevölkerung verlieren. Also Neutralität. Das war eine Erkenntnis für mich. In vielen Konflikten sind die UN nicht neutral, sie stehen auf der Seite des derzeit akzeptierten Staates.

Es kam noch die Frage zu Ebola und zum Abzug von Helfern: Das halte ich für einen hochprofessionellen Akt. Ich finde es richtig, dass viele Organisationen in einer Situation, wo es so gefährlich ist und man nicht für die Sicherheit der Delegierten garantieren kann, ihre Delegierten erst einmal zurückholen. Gerade Ebola ist eine so gefährliche Sache. Man macht es entweder hundertprozentig richtig oder lässt ganz die Finger davon. Das hatten wir schon manchmal, dass nämlich viele Gebäude leer standen, weil bestimmte Organisationen zurückgezogen wurden. Das halte ich nicht für anklagenswert. Das halte ich vielmehr für eine Verpflichtung der Organisationen zur Fürsorge für ihre Mitarbeiter.

Die Frage nach Evaluierungsinstrumenten spricht mir aus dem Herzen. Ich versuche seit 20 Jahren als Epidemiologe, in die Arbeit des Roten Kreuzes eine wissenschaftlichen Kriterien genügende epidemiologische Berichterstattung hineinzubringen. Das funktioniert jedoch nicht und hat auch bei der Ebola-Epidemie wieder nicht funktioniert. Das gibt es aber. Es gibt wunderbare online free software, mit der man das alles machen kann, mit der man zumindest den Gesundheitsbereich sehr gut evaluieren könnte. Es wird jedoch nicht gemacht. Da fragt man sich, warum. Ich glaube die Nothilfe, gerade die Soforthilfe, ist nicht effizient und kann auch nicht effizient sein. Das ist auch gut so. Sie rettet Leben. Wenn wir anfangen, das zu evaluieren, dann müssen wir vorher die Evaluatoren einnorden und sie bitten, die Soforthilfe nicht nach den Kriterien eines Warenhauses auszuwerten. Dort gibt es andere Werte. Es gibt Dinge, die lassen sich nicht in Dollars evaluieren. - Zum Schluss noch zu Ihnen, Herr Koenigs, bezüglich der Bundeswehr. Dort gibt es ein prinzipielles Problem. Die Sanitätskräfte einer jeden Armee haben einen Auftrag. Der Auftrag des Sanitätsdienstes der Bundeswehr lautet, jeden Bundeswehrsoldaten an jedem Punkt der Welt so zu behandeln wie zu Hause. Das entspringt der Fürsorgepflicht. Der verwundete Bundeswehrsoldat in Afghanistan wird nicht nach afghanischem Standard, sondern

nach deutschem Standard behandelt. Das führt aber – und ich bin jedes Jahr im Mai in Hamburg in der Führungsakademie der Bundeswehr und diskutiere das mit den Kollegen – genau dazu, dass die Bundeswehr praktisch immer ein hochkomplexes, deutschen Standards genügendes, Krankenhaus exportieren muss, inklusive technizistischer Verfahren. Dann stellt sich immer wieder die Frage: Was machen wir denn jetzt mit lokalen Patienten, die wir vorfinden? Beispiel Dialyse: Was macht man in einem Land wie Sudan mit Dialyse? Klar, die Bundeswehr muss Dialysegeräte mitbringen, weil sie eine Dialyse für ihre eigenen Soldaten braucht. Die meisten Hilfsorganisationen bringen in ein Land, wo es noch nie eine Dialyse gegeben hat, auch deswegen keine Dialysegeräte mit, um gar nicht erst in diese Zwickmühle zu geraten. Das ist eine besondere Schwierigkeit militärischer Einheiten, die deshalb auch gezwungen sind, in großen technischen Einheiten langsam aufbauend anzurücken. Das steckt einfach im Auftrage einer militärischen Sanitätseinheit. Das ist ganz anders als der Auftrag einer Organisation wie „Ärzte ohne Grenzen“ oder dem Roten Kreuz. Wir haben nach WHO-Standards zu behandeln. Und in einem Land, wo es niemals eine Dialyse gegeben hat, werden wir auch in einer Katastrophensituation keine Dialyse importieren. Das Problem der importierten Standards ist Gegenstand einer großen Diskussion zwischen den Militärs, die das müssen, und den Hilfsorganisationen, die sich an WHO- oder an lokale Standards halten können. Vielen Dank.

SV Thomas Gebauer (medico international): Zur Frage des World Humanitarian Summit hat Frau Füllkrug-Weitzel schon einiges gesagt: Deshalb will ich das ein bisschen abkürzen. Mir wäre es recht, wenn eine Debatte, wie wir sie hier führen, auch dort geführt werden könnte. Wenn wir also tatsächlich soweit kämen, die Rolle der humanitären Hilfe als etwas sehr Wichtiges zu betrachten, aber gleichzeitig als etwas, das man nicht überschätzen und als Allheilmittel für alles, was in der Welt schief, läuft betrachten darf. Das war das, was ich versucht habe, deutlich zu machen. Ich glaube, davon sind wir noch weit entfernt. Ich habe das jetzt über 36 Jahre verfolgt, so lange bin ich bereits bei „medico international“. Wir waren zumindest am Anfang



davon überzeugt, dass es möglich sei, die Welt tatsächlich zu gestalten. Ich sage das hier sehr pathetisch. Und stellten dann irgendwann fest: Es funktioniert nicht. Übrig bleibt die Hilfe. Wir können vielleicht das, was an Elend und strukturellen Schwierigkeiten besteht, abfedern, indem wir viel Hilfe leisten. Jetzt stellen wir langsam fest, auch die Hilfe gerät an ihre Grenzen. Wir sind letztlich jetzt wieder auf den Punkt zurückgeworfen, wo wir überlegen müssen, was wir denn eigentlich politisch machen müssen. Das spricht nicht gegen die Hilfe, aber man muss einfach sagen: Wir können mit Hilfe nicht alles bewältigen. Das wäre für mich eine Aufgabe, auch eines solchen World Humanitarian Summit, klarzustellen, was mit diesem Instrument möglich ist und was nicht. - Wir wissen, dass alle Beteiligten – auch Politiker – die humanitäre Hilfe instrumentalisieren. Wenn wir von „instrumentalisieren“ reden, geht es nicht nur um Militärisches, also darum, dass zivile Kräfte für Militärisches instrumentalisiert werden. Wenn die Lebensrealitäten so sind, wie sie sind, dann geht damit auch immer das Gefühl des Versagens einher, dass die Politik nicht genügt hat. Und jetzt tauchen Konflikte auf, die irgendwie aus der Welt geschafft werden müssen. Es gibt interessante Debatten, die wir gelegentlich bei Treffen mit den Leuten vom BMVg führen, also auch mit Militärs, die ihrerseits feststellen, dass sie letztendlich für das Versagen der Politik instrumentalisiert werden. Sie sollen mit militärischen Mitteln etwas erledigen, was sie eigentlich nicht können und wollen. Sie sind also letztlich mit uns gemeinsam – das klingt jetzt sehr absurd – aufgefordert, im Schulterchluss zu sagen, man möge bitte, den Ball an die Politik zurückgeben. Weder die Hilfe noch das Militär sind imstande, das, was an Problemen in der Welt existiert, anzugehen. Das will ich an dieser Stelle deutlich sagen. Das wären Punkte, die man in der Zukunft aufgreifen könnte. Letztendlich sind die Staaten gefordert. Wenn wir von den Menschenrechten ausgehen, dann handelt es sich immer um Pflichten der Staaten, die dafür Sorge zu tragen haben, dass so etwas wie eine soziale Sicherung, wie die Respektierung von Menschenrechten und damit auch das Überleben von Menschen gesichert ist. Wenn wir als Hilfsorganisation tätig werden, dann geschieht das im Kontext der Subsidiarität, wo wir also versuchen, etwas zu

machen, was möglicherweise dann von den Staaten nicht gemacht werden muss. Und dieses Verhältnis, dieses Balancieren, ist etwas, das immer neu definiert werden muss. Zur Frage, ob man mit Staaten zusammenarbeiten soll? Im Prinzip, wenn es uns nicht gäbe, wäre es die Aufgabe von Staaten, das zu tun. Dadurch, dass wir es tun, kann sich der Staat sich im Sinne der Subsidiarität möglicherweise aus solchen Aufgaben zurückziehen. Das ist an dieser Stelle auch zu sehen. – „Geneva Call“, es ist wunderbar, wenn die schon hier waren. Die Frage ist, wie man sie unterstützt. Ich würde sagen, man kann sie finanziell immer unterstützen. Man kann auch versuchen – eben gerade wenn man dieses Problem im Auswärtigen Amt sieht – ihre Arbeit direkt zu fördern. Es ist eine sehr aufwändige, sehr gefährliche Arbeit, da man sich tatsächlich mit den non-state-Actors in Beziehung setzen muss. Die reisen dort hin, stehen manchmal erheblich unter Druck, sind bedroht. Und wenn Sie das mit ihnen schon besprochen haben, glaube ich, dass Sie an dieser Stelle auch einschätzen können, was das bedeutet. Wenn das also bereits angekommen ist, mache ich hier einen anderen Vorschlag, zur „Nansen Initiative“. Wir haben als Verbund von Organisationen – das sind Amnesty, Brot für die Welt, die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Oxfam, Pro Asyl und „medico international“ – eine Denkschrift, wie man mit Klimaflüchtlingen umgehen kann, verfasst. Diese Denkschrift würde ich Ihnen empfehlen. Und auch da könnten Sie die Organisatoren einmal einladen, damit sie Ihnen das gesamte Konzept erläutern kann – ich lasse Ihnen die Broschüren dazu hier, damit Sie sich das anschauen können. Wenn „Geneva Call“ schon da war, dann vielleicht etwas anderes.

Zur Frage der Vereinten Nationen. Ja. Das ist ein Problem. Die Vereinten Nationen – das hat, glaube ich, Herr Gardemann sehr deutlich gesagt – sind eben keine Gemeinschaft von Staaten. Das Wort Gemeinschaft suggeriert, dass es sich um etwas Neutrales handelt, wo alle zusammenkommen und es frei von Interessen und Machtfragen zugeht. Das ist nicht der Fall. Die Vereinten Nationen sind durchsetzt von Interessen, was man sehr deutlich im UN-Sicherheitsrat sieht, wo es über die Veto-Funktion einzelner Mächte läuft, die dann eben bestimmte Prozesse blockieren



können. Wir haben immer vorgeschlagen, den Wirtschafts- und Sozialrat zu stärken als eine Struktur, die in der Nachkriegszeit parallel entstanden ist, mit der Maßgabe, sich präventiv um Konflikt- und Kriegsvermeidung zu kümmern. Das war seinerzeit die Idee, durch wirtschaftliche und soziale Entwicklung so etwas wie eine Atmosphäre zu schaffen, die das Kind gar nicht erst in den Brunnen fallen lässt. Wenn man heute die Leute in Deutschland oder vielleicht auch hier im Parlament fragt, was die Bedeutung des Wirtschafts- und Sozialrates ist, so werden Sie wahrscheinlich viele Leute finden, die das gar nicht wissen. Ich glaube, da ist viel Aufklärungsarbeit notwendig, um das wieder zurück zu holen, zu sagen, da gibt es ein Instrument, das deutlich besser ist. Das betrifft auch Nichtregierungsorganisationen wie uns und auch andere, denn wir sind da ja beteiligt, verfügen über einen konsultativen Status, sind dort vertreten, sind eine Stimme, die auch gehört wird. Das ist eine andere Form von Repräsentativität, von der ich vorhin schon gesprochen habe, eine andere Form von Legitimität, die auf diese Weise entsteht.

Zur WHO nur ein kurzes Stichwort, das ich mit der Frage von Herrn Koenigs verbinde: Ich glaube, wir sollten tatsächlich dringend evaluieren, und es ist, glaube ich, eine gute Idee, dies auch am konkreten Beispiel zu machen. Wir könnten jetzt die Ebola-Krise nehmen und sagen, dass man, weil das gesamte System auf eine Weise versagt habe, da jetzt einmal draufschauen und an diesem Beispiel evaluieren sollte, was versagt hat und was besser gemacht werden muss. Es muss jedoch unbedingt eine unabhängige Struktur sein, die so etwas tut. Weil da wieder Interessen im Spiel sind. Die Weltbank hat zum Beispiel schon den Finger gehoben, hätte gern einen Fonds auf ihrer Seite. Verschiedene Staaten wollen verhindern, dass die WHO zu stark wird. Auch die WHO ist ja keine neutrale Organisation, sondern von Interessen durchsetzt. Da braucht man also eine unabhängige Evaluierungsgruppe. Die kann man aber finden. Es gibt eine Initiative verschiedener Regierungen wie Norwegen, Ghana und auch der Bundesregierung, die so etwas gerne machen würden. Und dann muss man das tun und die Evaluierenden dann auch mit Kriterien versehen, dass sie es tun können. Und dann kann da etwas

rauskommen, im Sinne einer Reform der WHO, einer besseren Ausstattung und Klärung, was ihre Aufgaben sind. In dem jetzigen Zustand ist sie ganz klar nicht handlungsfähig. Das ist der Punkt. Es ist leider so – da hat Tom Koenigs, wie ich finde, den Finger tatsächlich in die Wunde gelegt –, dass wir oft mit schönen Begriffen zugange sind und dann von Paradigmenwechsel und Preparedness reden. Wenn man dann allerdings genau hinschaut, ist das dann doch nicht so ernst gemeint. Wenn man sich die Vergabe der Mittel aus den zurückliegenden Etats des Auswärtigen Amtes ansieht, dann sind für Preparedness gerade einmal zwei Prozent ausgegeben worden. Das hat VENRO ausgerechnet. Obwohl es in der Strategie so prominent definiert ist. Hier würden wir uns wünschen, dass dann auch tatsächlich das, was man sich vornimmt, besser ausgestattet und vorangetrieben wird. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank! Ich schlage vor, dass Sie die Publikation, die Sie angesprochen haben, vielleicht im pdf-Format an das Ausschusssekretariat schicken, damit es von dort an alle Kollegen versandt werden kann. Herr Westphal, bitte.

SV **Florian Westphal** (Ärzte ohne Grenzen): Ja, vielen Dank. Erst einmal zur Frage von Herrn Heinrich: Was tun, wenn politische Akteure vor Ort die Prinzipien humanitärer Arbeiten praktisch unmöglich machen. Ich glaube, man muss als erstes einmal anerkennen, dass es diese Situation gibt. Es gibt Situationen, wo es konkret wegen der mangelnden Akzeptanz und teilweise auch der direkten Bedrohung von Helfern unmöglich ist, humanitäre Hilfe zu leisten. Auch wenn man versucht, die Prinzipien soweit wie möglich zu befolgen. Wir sehen dies in Teilen von Syrien und dem Irak, aber auch im Südsudan, in der Zentralafrikanischen Republik – die Liste ist relativ lang. Ich glaube, dafür gibt es keine Patentlösung. Was ganz wichtig ist, ist sicherlich, längerfristig dran zu bleiben. Das heißt, immer wieder zu erforschen, welche Möglichkeiten zum Dialog es gibt, auch mit den Gruppen, die wahrscheinlich auf staatlicher oder politischer Ebene als völlig inakzeptabel zurückgewiesen würden. Ich hatte es vorhin schon einmal im Zusammenhang mit der humanitären Arbeit in Konfliktsituationen erwähnt: Auf ein klares



Verständnis der Prinzipien gestützt, gehört zu dieser Arbeit auch die Bereitschaft zum Dialog mit allen Konfliktparteien, wenn es nämlich darum geht, einen Zugang zu den Bedürftigen zu bekommen. Und das bedeutet eben auch, dass man sich nicht aussuchen kann, ob diese Konfliktparteien einem genehm sind oder nicht. Ich glaube, ganz wichtig ist dabei die Unabhängigkeit, das Verständnis von Unabhängigkeit, das man in der eigenen Organisation hat und das man nach außen vermittelt. Etwas, das wir versuchen sehr konsequent zu machen, ist, gerade in Konfliktsituationen keine Mittel von Regierungen zu akzeptieren, die direkt am Konflikt beteiligt sind oder von anderen als „Interessierte“, das heißt als nicht neutral, wahrgenommen werden. Als letzter Weg bleibt natürlich auch die Möglichkeit, anders zu arbeiten – obwohl das für uns eher eine Notlösung ist –, zum Beispiel ohne die dauerhafte Präsenz von internationalen Mitarbeitern vor Ort zu arbeiten. Da gibt es unterschiedliche Systeme des sogenannten „Remote Management“, davon hört man relativ viel, dass man vielleicht Möglichkeiten ergreift, vor allem durch lokale Akteure, also eigene nationale Mitarbeiter, tätig zu werden, und dies auch von außen in ganz bestimmten schwierigen Situationen mit unterstützt. Für „Ärzte ohne Grenzen“ ist es auch nicht ausgeschlossen, dass man da, wo der humanitäre Bedarf besteht und die Krise groß ist, auch einmal ohne Einverständnis einer Regierung agieren kann. In Syrien werden wir auch weiterhin versuchen, mit der Regierung in Damaskus ins Gespräch zu kommen. Aber die Tatsache, dass wir dort nicht akzeptiert wurden, und die Tatsache, dass die Bedürfnisse so enorm sind, haben uns dazu geführt, trotzdem zu versuchen, in Syrien unter sehr erschwerten Bedingungen und sehr eingeschränkter Hilfe zu leisten.

Ich wollte außerdem noch ganz kurz auf eine andere Frage von Ihnen eingehen: Innovation ist enorm wichtig. Ein weiterer Punkt, auf den ich kurz hinweisen möchte: Wir haben bei Ebola gesehen, dass die Erforschung und Entwicklung von Medikamenten und anderen Mitteln für vernachlässigte Krankheiten, um dieser Krankheiten Herr zu werden, nach wie vor vernachlässigt wird. Und zwar Forschung und

Entwicklung von Methoden, die nicht nur funktionieren, sondern die auch tatsächlich den Bedürftigen, auch den ganz Armen, zugänglich gemacht werden.

Als nächstes auch ganz kurz zur Frage von Frau Finckh-Krämer, was das Verhältnis mit anderen Staaten und das Verhalten von anderen Staaten betrifft und zum World Humanitarian Summit. Ich glaube, man muss den World Humanitarian Summit sicherlich nicht nur als Möglichkeit sehen, um auch unter den Staaten die humanitären Prinzipien und diesen ganzen Ansatz zu verteidigen und zu vertreten. Man muss auch zusehen, dass dieser World Humanitarian Summit nicht eventuell nach hinten losgeht und dazu führt, dass diese Prinzipien eher noch aufgeweicht werden. Wir leben in einer Welt, wo es natürlich ein wiedererstarktes Verständnis von staatlicher Souveränität gibt. Und genau die Staaten haben oft ein sehr schwieriges und komplexes Verhältnis zu den Prinzipien der humanitären Hilfe. Also es wäre wirklich ärgerlich und schädlich, wenn das in eine solche Richtung losginge, was wir natürlich nicht hoffen.

Die Rolle der Vereinten Nationen: Ich glaube, man kann natürlich nie komplett vermeiden, dass es im Verständnis der betroffenen Bevölkerung eines Konfliktgebietes zu Verwechslungen zwischen der politischen und militärischen Zielsetzung der Vereinten Nationen und ihrer humanitären Rolle kommt. Ganz wird sich das nie aus der Welt schaffen lassen. Aber es wäre doch schon sehr wichtig, darauf zu drängen, dass die humanitären Akteure der Vereinten Nationen, vor allem die Koordinationsstelle für humanitäre Angelegenheiten OCHA, eine gewisse Unabhängigkeit, ihre eigene Kompetenzen und ihre eigene Hierarchie haben und auch wirklich versuchen können, ausschließlich auf der Grundlage von humanitären Gesichtspunkten zu agieren. Dazu gehören im Übrigen auch Fragen des Sicherheitsmanagements. Weil es natürlich problematisch wird, wenn sich im Endeffekt auch Akteure der Vereinten Nationen vor Ort nur noch bewegen dürfen, solange die Friedenstruppe dem auch zustimmt und sie dann schützt. Der bewaffnete Schutz suggeriert ja kurzfristig mehr Sicherheit, aber längerfristig ist leider oft genug das Gegenteil der Fall, weil man sich mit einer



Partei identifiziert, die von vielen als Konfliktpartei gesehen wird.

Die Einbeziehung von Betroffenen vor Ort: Ich glaube, ein ganz wesentlicher Bestandteil dieser Einbeziehung von Betroffenen ist es, dass es humanitären Akteuren möglich gemacht werden muss, eine Bedarfsanalyse vor Ort unabhängig und vollständig durchzuführen. Das heißt, wirklich präsent zu sein und vor Ort mit den Betroffenen selbst zu sprechen, um herauszufinden, was sie wirklich brauchen. Da kann man sich nicht auf die Angaben einer Gastregierung oder irgendeiner Konfliktpartei oder dritten Partei verlassen, sondern muss das selbst machen.

Zu Herrn Koenigs: Ich wollte nur einmal kurz sagen, dass wir die Idee einer unabhängigen systematischeren Evaluierung und Auswertung der humanitären Hilfe sicherlich sehr gut finden. Das ist etwas, was uns, wie ich glaube, alle weiter bringen könnte, nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Nichtregierungsorganisationen und ganz sicher auch „Ärzte ohne Grenzen“.

Was die militärisch-zivile Zusammenarbeit angeht, finde auch ich, dass das meiste bereits gesagt wurde. Aber ich finde es absolut vertretbar, dass dann auch die Arbeit, die sogenannte humanitäre Hilfe von militärischen Akteuren, kritisch durchleuchtet und hinsichtlich ihrer Effizienz ausgewertet wird. Das wird bei uns, was die Verwendung von öffentlichen Geldern angeht, zu Recht gemacht. Das sind Steuergelder. Natürlich müssen wir Rechenschaft ablegen. Warum sollte das dann aber nicht auch anderweitig geschehen? Dann lässt sich wirklich feststellen, was praktisch abläuft und wie effizient das ist.

Vielleicht, da die Frage aufkam, als letztes noch ein Satz zur Koordination, auch zur Koordination im Rahmen der Europäischen Union. Dazu kann ich spezifisch gar nicht so viel sagen. Aber ich würde davor warnen, immer davon auszugehen, dass Koordination – die ja oft auch eine gewisse Zentralisierung, eine Hierarchisierung und ein bisschen mehr Ordnung beinhaltet – tatsächlich auch immer für eine bessere humanitäre Hilfe sorgt. Ich weiß, dass das Umfeld der humanitären

Hilfe oft sehr chaotisch und verwirrend wirkt, aber ich würde deswegen nicht unbedingt davon ausgehen, dass ein zentralisiertes, gesteuertes, von den Vereinten Nationen oder irgendjemand anderem geleitetes System deswegen unbedingt besser funktionieren würde. Das ist bei weitem nicht bewiesen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU). Ich möchte darauf hinweisen, dass Herr Broemme uns um 17:35 Uhr Richtung Flughafen verlassen muss. Ich schlage jetzt vor, dass die Redner ihre Fragen direkt adressieren – an wen auch immer – und dass dann auch direkt geantwortet wird. Der nächste Redner ist Dr. Diaby.

Abg. Dr. **Karamba Diaby** (SPD): Ich habe nur zwei kurze Fragen – es geht um Konfliktsituationen vor Ort: Die Organisationen sind häufig mit Konflikten konfrontiert, die meistens die Arbeit vor Ort behindern. Ich habe beispielsweise gelesen, dass es im Ebola-Gebiet Guinea am 14. September 2014 unter den Helferinnen und Helfern sieben Tote gegeben hat. Wir wissen ja aber auch – das haben Sie mehrfach erwähnt –, dass die Konflikte nicht einfacher, sondern komplexer werden. Deshalb frage ganz ich allgemein: Welche Herausforderungen sehen Sie, um solche Konflikte sowohl bei staatlichen Organisationen als auch Akteuren vor Ort – die sehr oft angesprochen wurden –, aber auch bei Trägerorganisationen wirklich nachhaltig anzugehen? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang transkulturelle Kompetenz?

Eine zweite Frage: Heute früh hatten wir im Bildungsausschuss Herrn Professor Hacker als Präsidenten der Nationalakademie Leopoldina zu Gast. Das war sehr interessant. Herr Westphal, da Sie ja gerade von vernachlässigten Krankheiten sprachen – das war natürlich auch ein ganz wichtiges Thema, denn die Nationalakademie macht gerade eine Expertise für das G7-Treffen hier in Deutschland. Ein zweiter Aspekt, der dort eine Rolle gespielt hat, war, dass neben medizinischer Hilfe – im Zusammenhang mit Ebola als konkretem Beispiel – und medizinischer Forschung im Zusammenhang mit vernachlässigten Krankheiten auch, wie Professor Hacker sagte, die sozialwissenschaftliche Forschung gestärkt werden müsse. Deshalb meine



Frage an Sie, Professor Gardemann, wo sehen Sie Forschungslücken in diesem Bereich und was geben Sie uns als Parlamentarier mit auf den Weg, was wir unterstützen könnten?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Prof. Gardemann, bitte.

SV Prof. Dr. med. **Joachim Gardemann** (Kompetenzzentrum Humanitäre Hilfe der FH Münster): Ich werde versuchen, auf die Fragen kurz zu antworten. Sie haben von Konflikten in den Ebola-betroffenen Gebieten gesprochen. Diese Konflikte können etwas mit Ebola zu tun haben oder auch nicht. Das sind zwei verschiedene Sachen. In Sierra Leone war es so, das möchte ich hier noch einmal sagen, dass es einen Bürgerkrieg gab und wir auf den Straßen noch viele Menschen mit amputierten Händen hatten, da das ja Anfang der 2000er Jahre passiert war. Sierra Leone ist ein Land, in dem eine bewaffnete Intervention den Krieg innerhalb von einer Woche beendet hat. In Sierra Leone sind deshalb alle Bewohner den britischen Truppen dankbar. Es hat auch schon einmal funktioniert, eine Intervention, eine UN-Mission, ein bewaffnetes Mandat und dieser schreckliche Bürgerkrieg mit diesen vielen Amputationen war innerhalb von etwa einer Woche beendet. Natürlich kann eine solche Naturkatastrophe, eine solche Epidemie, in einem Land mit einer Konfliktsituation ausbrechen. Dann haben wir eine durch und durch komplexe Situation. In einem solchen Fall wird natürlich auch von allen Seiten versucht werden, die humanitäre Hilfe zu instrumentalisieren, das kennen wir ja alles. Es kann aber auch die Krankheit an und für sich zum Konflikt führen. Das hat es auch getan. Es sind ja in der Anfangsphase etliche Ebola-Behandlungszentren angegriffen und auch Helfer verletzt worden. Da hat man allerdings ganz gute Erfahrung mit extremer Transparenz und der vielfältigen Einbeziehung der Menschen am Ort in die eigene Arbeit gemacht – das ist eigentlich immer wieder dasselbe. In dem Bereich, den ich überblicken kann, hat das dazu geführt, dass es zu keinen Konflikten mehr kam. Es gab große Vorurteile. Es gab Gerüchte darüber, was angeblich in diesen Einrichtungen passiert. Durch die Einbeziehung der Menschen am Ort, der Stammesführer oder religiösen Führer und der Öffentlichkeit, sind

Konflikte, soweit ich das weiß, in dem Bereich, den ich beurteilen kann, viel seltener geworden.

Zur transkulturellen Kompetenz: Das ist eigentlich das A und O. Darüber haben wir heute schon häufiger gesprochen, dass wir nämlich auch nicht im Sinne eines Nothilfe-Kolonisten anrücken dürfen, sondern mit größter Bescheidenheit unsere Kenntnisse und die Möglichkeiten, die wir haben, anbieten. Letztlich ist es die Entscheidung der Leute vor Ort, wie sie es machen wollen. Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht, da müssen wir alle noch mehr lernen, noch sensibler werden. Auch Frau Füllkrug-Weitzel hat ja erzählt, dass dann einzelne Länder über andere Länder ihren Gabensack ausschütten und sie völlig platt machen. Transkulturelle Kompetenz heißt auch, neugierig zu sein und die eigene Kultur zu kennen. Es heißt, neugierig auf die andere Kultur zu sein und respektvoll miteinander umzugehen. Das ist eigentlich ein humanitäres Prinzip, findet aber leider oft noch nicht statt.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Beide Fragen waren an Herrn Professor Gardemann gerichtet und, wie ich höre, ist die Frage nach der Forschungslücke noch nicht beantwortet.

SV Prof. Dr. med. **Joachim Gardemann** (Kompetenzzentrum Humanitäre Hilfe der FH Münster): Wenn wir an Forschung zum Thema humanitäre Nothilfe und Katastrophenhilfe denken, denken wir immer an technische Entwicklungen. Das kommt sofort in den Kopf hinein. Aber wir arbeiten in Münster sehr viel mit dem Institut für Ethnologie zusammen. Das ist ein ganz wichtiges Handwerkszeug. Da ist noch sehr viel zu tun.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich habe weitere Fragesteller, frage aber erst einmal, ob einer von denen, die sich gemeldet haben, oder jemand anderes, noch eine Frage an das THW hat, bevor sich Herr Broemme auf den Weg macht. Dann würde ich das nämlich vorziehen. Das ist nicht der Fall. Dann ist der nächste Herr Broemme.

SV **Albrecht Broemme** (Bundesanstalt



Technisches Hilfswerk): Ich möchte nur kurz noch etwas dazu sagen, wie man sich in Konfliktgebieten verhält. Also, ein ganz wichtiger Punkt ist, dass wir vom THW nur geschulte und trainierte Helfer, die speziell für das Ausland auch noch bestimmte Schulungen, auch UN-Lehrgänge – zum Teil als online Fernlerngänge – gemacht haben, dorthin schicken. Das Risiko wäre sonst zu groß. Man lernt zum Beispiel auch, wie man sich im Entführungsfall verhält. Das haben wir Gott sei Dank bisher erst ein einziges Mal gebraucht. Es gab ein einziges Mal zwei entführte THWler im Sudan und die wurden dann auch wieder frei gelassen.

Zu dem Thema „soziale Forschung“ will ich aus meiner Sicht noch etwas sagen. Da gibt es noch viel zu tun. Zum Beispiel, wie eigentlich ein vernünftig organisiertes Flüchtlingslager aussieht, das nicht nur endlose Reihen von endlosen Zelten hat, sondern vielleicht auch so gestaltet ist, dass man sich da ein bisschen wohlfühlt, sofern man sich da wohlfühlen kann, das will ich jetzt nicht falsch verstanden wissen. Und wenn man sich Luftaufnahmen von dem Lager in Al Za'atari anschaut, welches spontan gewachsen ist wie ein Dorf in Deutschland, wo es sogar eine Altstadt gibt, und das mit den geplanten Reihen endloser Zelte vergleicht, weiß man, warum viele nicht bereit waren, aus diesem beengten und eigentlich schlechten Bereich zu ziehen, weil man sich dort einfach ein Stück wohler fühlt als in diesen langen Zeltreihen. Es gibt natürlich die generelle Frage, ob es in dem Land, wo das Flüchtlingslager errichtet ist, politisch überhaupt erwünscht ist, dass sich die Flüchtlinge wohlfühlen - auch das muss man einmal sagen - oder ob man den Unwohlgefühl-Quotienten möglichst hoch halten will. Das sind ganz zentrale Fragen, so dass ich aus meiner Sicht als Ingenieur und Chef des THW sage, wir könnten durchaus in vielen Fällen etwas besser machen, oft ist das aber auch gar nicht erwünscht. Und das ist sehr ernüchternd. Das ist dann nicht eine Frage von Geld aus Deutschland, sondern wie es vor Ort funktioniert. Zu den Ländern, wo man noch helfen muss: Jordanien ist zum Beispiel in manchen Dingen ein solches schwieriges Land. Der jordanische Zoll funktioniert verblüffend gut. Wenn man mit 40 Fußbällen einreist, um sie im Lager zu verteilen, dann kommt man mit höchstens 30 Bällen an. Die

letzten 10 aus dem Zoll heraus zu bekommen, erfordert ein diplomatisches Eingreifen. Solche Probleme haben wir zum Beispiel im Nordirak mit der kurdischen Regierung in keiner Weise. Da gibt es schon sehr große Unterschiede. Das ist auch für uns immer wieder die Frage, wer denn eigentlich die Hilfe braucht. Wir wollen sie vermitteln, wollen sie geben und schon das wird manchmal sehr schwer gemacht. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank für Ihr Kommen und gute Reise. Als nächstes ist Kollegin Groth dran.

Abg. **Annette Groth** (DIE LINKE.): Dankeschön. Ich möchte noch einmal ein paar Punkte ansprechen, die mir in der Tat sehr wichtig sind, und die man auch etwas vertiefen sollte. Herr Gebauer hat auf die „New Alliance for Food Security and Nutrition“ aufmerksam gemacht. In der Tat, das sind die Agrarkonzerne, da soll die Produktion gesteigert werden. Es tut mir in der Seele weh, dass dieser ausgezeichnete Weltagrarbericht von 2008, wo Wissenschaftler aus Hunderten von Ländern 15 Jahre lang oder mehr mitgearbeitet und nachgewiesen haben, dass die Erde, unser Planet, 12 Milliarden Leute rein auf ökologisch nachhaltiger Basis – ohne Gentechnik und so weiter – ernähren kann. Wie kriegen wir das da wieder rein? Und diese New Alliance, die ja nun maßgeblich auch von Herrn Gates befördert wird, das muss raus.

Zweites Stichwort „Vergessene Kriege“: Müssten nicht alle humanitären Organisationen dieser Welt in puncto Gaza laut aufschreien? Es ist nicht vergessen, es wird nur nicht thematisiert. Eine Regierung, nämlich die israelische Regierung, lässt die Hilfsgüter nicht rein. Katar hat gestern angekündigt, die Finanzierung des einzigen Elektrizitätswerks zu stoppen. Was das heißt, brauche ich, wie ich glaube, nicht auszuführen. Ich denke, es ist wirklich eine Frage von Ethik, Moral und Humanität, da etwas zu sagen und laut zu fordern.

Drittens, Sie sagten, Professor Gardemann, dass die UN keinen guten Ruf habe. Nicht nur wegen mangelnder Neutralität. Wer in solchen Ländern gewesen ist, weiß, dass jede große Ansammlung von Menschen mit legendären Gehältern –



Cornelia, Du hast das gut gesagt, das sind sie – automatisch eine absolute Preissteigerung und zwar für alle Communitys für Waren und Dienstleistungen zur Folge hat. In Ost-Timor hat es dann richtige Aufstände dagegen gegeben. Da ist etwas völlig falsch. Du hast es auch gesagt, Cornelia, das UN-System muss völlig neu strukturiert werden. Ich denke seit langem darüber nach. Ich habe vor 20 Jahren bei der UNO gearbeitet, beim UNHCR, und mir dreht es natürlich den Magen um und es packt mich eine heilige Wut, wenn ich in den letzten Wochen gelesen habe – die deutsche Regierung hat es dann, zum Glück, wie ich sagen muss, gerettet – , dass der UNHCR und andere UN-Organisationen damit gedroht haben, den Flüchtlingen im Libanon und in Jordanien – syrischen Flüchtlingen – die Essensrationen zu reduzieren. Ich habe dann zu meinen Kollegen gesagt, es würde mich interessieren, ob sie dann auch ihre Gehälter reduzierten? Das fände ich dann wirklich ethisch vertretbar, aber so nicht. Ich weiß, dass die WHO – ich bin da absolut für eine Evaluierung, die WHO war die erste UN-Organisation, die in den 1990er Jahren den Compact mit Konzernen gezimmert hat, ich war dabei, und die WHO ist kurz vor Weihnachten wenig in deutschen Nachrichten gewesen – in Rangun eine Jahresmiete von 1 Mio. Dollar bezahlt – das scheint seit einiger Zeit mit die teuerste Hauptstadt der Welt zu sein. UNICEF und die WHO. Diese eine Million bildet ein Sechstel des WHO-Budgets für den gesamten südostasiatischen Raum. Da muss man sich dann wirklich einmal fragen, in welcher Relation man sich noch bewegt. Muss man dann nicht „Nein!“ sagen? Also liebe Leute, dann macht zu, dann lassen wir das lieber mit lokalen NGOs machen.

Ich war vor zwei Jahren mit dem damaligen Bundesminister Niebel in Liberia und ich kann mir wirklich nicht erklären, warum die Ebola-Krise nicht so aufmerksam verfolgt worden ist wie zum Beispiel von „Ärzte ohne Grenzen“. Da sitzen doch alle UN-Organisationen aufgereiht in einer Straße. Ich weiß nicht, wie das in Sierra Leone ist, aber ich hab da schon grundsätzliche Fragen und frage mich, ob wir diese Dinge nicht auch einmal grundsätzlich anpacken müssten? Dankeschön.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen

Dank. Das war ein Statement. Wenn jetzt jeder auf dieses Statement eine grundsätzliche Bemerkung macht, kommt keiner der anderen Kollegen mehr dran. Entweder also eine konkrete Frage oder ich gebe das Wort an die Kollegin Heinrich weiter.

SV **Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Diakonie Katastrophenhilfe): Ich hatte eine konkrete Frage gehört und zwar die Frage nach den vergessenen Krisen am Beispiel Gaza.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Gut, wenn Sie das gehört haben, dann dürfen Sie gerne antworten.

SV **Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Diakonie Katastrophenhilfe): Tatsächlich war es so, dass Gaza, also der Krieg damals in Gaza, und der Krieg in Syrien zeitlich parallel verliefen. Der öffentliche Aufschrei, die Initiative und das Engagement, sich für bessere Zugangsvoraussetzungen und einen besseren Zugang zu den Opfern zu engagieren, ließen sich aber nicht vergleichen. Ein ziemlich gutes Beispiel dafür, dass die Aufmerksamkeit, die Krisen finden, natürlich auch – und ich glaube, es geht keiner davon aus, dass wir das übersehen könnten – sehr viel mit politischen Agenden zu tun hat. Das ist so. Das muss man sehen. Deswegen fänden wir es im Zusammenhang mit vergessenen Krisen – das hatte ich vorhin auch schon einmal in meinem Eingangsstatement angedeutet – wichtig, dass man sich, ähnlich wie die EU, auf Kriterien verständigt, vielleicht auch hier im Ausschuss diskutiert, wann man eine Krise eine vergessene Krise nennt, und wie man damit umgeht.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Frau Kollegin Heinrich, bitte.

Abg. **Gabriela Heinrich** (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Westphal: Wenn ich es richtig verstanden habe, waren Sie ja eigentlich vorhin der einzige, der den Grundsatz, vor allen Dingen bei bewaffneten Konflikten mit lokalen Akteuren vor Ort zusammen zu arbeiten, ein bisschen in Frage gestellt haben. Fühlen Sie sich in Ihrer Arbeit durch einen solchen Grundsatz behindert?



Die Frage, die sich anschließt, geht auch an Sie: Sie sagten, dass wir 70 Prozent der Menschen, weil sie eben nicht in Flüchtlingslagern leben, eigentlich durch die humanitäre Hilfe nicht erreichen. Müssen wir das hinnehmen? Oder wären lokale Akteure vor Ort nicht hier auch eine Möglichkeit, Strukturen aufzubauen, um an diese Menschen heranzukommen?

Dann habe ich noch eine kurze Frage an Professor Gardemann: Sie haben vorhin - nicht als einziger, aber ganz besonders - die Problematik des mangelnden Respekts gegenüber der humanitären Hilfe hervorgehoben. Sie sagten, mangelnder Respekt bedeute auch mangelnde Kenntnisse und dies würde zu einer Krise der humanitären Hilfe führen. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist „Geneva Call“ hier durchaus eine Möglichkeit, um anzusetzen. Welche Möglichkeiten gibt es noch und was können wir hier tun?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Zunächst Herr Westphal, dann Herr Professor Gardemann.

SV **Florian Westphal** (Ärzte ohne Grenzen): Im Prinzip fühlen wir uns durch den Grundsatz der Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren überhaupt nicht behindert. Wie erwähnt, der Großteil unserer Mitarbeiter vor Ort – ob es bei Ebola oder irgendwo sonst ist – sind lokale Mitarbeiter. Wir arbeiten im Gesundheitsbereich, in staatlichen Strukturen, gerade auch mit lokalen Behörden sehr viel zusammen. Ich glaube, es ging mir eher darum zu betonen, dass man gerade auch in bewaffneten Konflikten den lokalen Akteuren nicht mehr Verantwortung übertragen darf, als sie auch wirklich vernünftig zu tragen imstande sind. Es entsteht manchmal das Gefühl im humanitären Bereich, wo es mittlerweile sehr viele Verbindungen gibt, dass eine internationale Organisation mehr oder weniger als Geldgeber auftritt und sozusagen die Aktionen im Feld an einen lokalen Akteur fast wie an einen Subunternehmer weitergibt. Im Prinzip kann das absolut richtig sein. Nur finde ich, dass man nicht automatisch davon ausgehen sollte – ganz im Gegenteil sogar –, dass das Risiko für lokale Mitarbeiter unbedingt geringer ist als für internationale Mitarbeiter. Man sieht vielmehr sehr oft, dass das nicht der Fall ist. Und dass eben wegen dieser besonderen Gegebenheiten lokale

Organisationen in bewaffneten Konflikten nicht immer in der Lage sind, diesen Erwartungen zu entsprechen. Aber natürlich, dort wo es möglich ist, macht es immer Sinn, auf lokale Kompetenzen und Erfahrungen zurückzugreifen.

Die Frage zu den 70 Prozent: Ich hatte mich spezifisch auf intern Vertriebene und das Beispiel Kongo bezogen. Ich glaube aber schon, dass man sich eine ganze Menge anderer Konfliktsituationen anschauen könnte, wo man ähnliches feststellen würde. Leider ist es oft so, dass die Tatsache, ob jemand als intern Vertriebener durch eine Organisation registriert worden ist oder sich in einem Lager befindet, entscheidender für die Frage ist, ob er Hilfe bekommt, als seine eigentlichen Bedürfnisse. Man kommt an Leute, die bei Gastfamilien wohnen, sehr viel schwerer ran. Das stimmt. Das ist nicht so überschaubar wie das Lagerszenario, wie es der Kollege vom THW eben beschrieben hat. Das ist nicht so einfach. Wiederum können lokale Akteure dabei eine ganz entscheidende Rolle spielen, indem sie schon einmal auf die eigentlichen Bedürfnisse hinweisen. Allerdings sind auch internationale Organisationen imstande, müssen imstande sein, das zu machen. Im Kongo hat man gesehen, dass es einige wenige Organisationen gegeben hat, die auch versucht haben, sich um diese Vertriebenen zu kümmern. Aber im Gegensatz zu jenen, die sich in Lagern befinden, gibt es keine klare Verantwortlichkeit dafür. Es gibt niemanden wie das UNO-Flüchtlingshilfswerk, das dann eben sehr oft eine solche Verantwortung für intern Vertriebene in Lagern übernimmt, oder die IOM, die oft eine ähnliche Rolle spielt. Dieses Pendant gibt es nicht für jene, die nicht in Lagern sind.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Professor Gardemann, bitte.

SV Prof. Dr. med. **Joachim Gardemann** (Kompetenzzentrum Humanitäre Hilfe FH Münster): Herzlichen Dank. Sie sprachen die Schutzzeichenkrise – so wird das auch genannt – an. Sie können das auch an den Uniformen der Soldaten der regulären Armeen sehen. Sowohl die Rangabzeichen als auch bei den Sanitätsoffizieren die Abzeichen „Rotes Kreuz“ und „Roter Halbmond“ werden immer kleiner. Weil das



natürlich den Soldaten im Feld auch verraten kann. Und es kommt immer häufiger vor – auf Divisionsebene ist das auch erlaubt – dass man sich als General entschließt, sich nicht mehr daran zu halten, sein Hospital zu beflaggen. Damit verliere ich zwar den völkerrechtlichen Schutz, aber ich darf mein Hospital dann auch mit Panzern und Luftabwehr verteidigen. Wie gesagt, dann sind wir wieder bei Napoleon vor 1859.

Die Verbreitung der humanitären Prinzipien in regulären Armeen ist eigentlich weltweit ziemlich lückenlos. Überall, wo ich gewesen bin, kennen reguläre Soldaten das. Schon zum eigenen Schutz: Was passiert mit mir, wenn ich in Kriegsgefangenschaft gerate?

Ich komme noch einmal auf die Frage von Herrn Dr. Diaby über die Ethnologie zurück. Ich habe einen guten Freund an der Universität von Leyden, Ted van Baarda, ein niederländischer Militäretiker. Er hatte nach dem Genozid 1995 die schwierige Aufgabe, die neu aufzubauende ruandische Armee mit völkerrechtlichen Inhalten zu bedienen. Er hat dann sehr schnell festgestellt, dass solche Prinzipien wie Neutralität, Unparteilichkeit, zwar nicht für die Offiziere, aber für die einfachen Soldaten gewissermaßen abendländisches Denken des 19. Jahrhunderts war. Für uns ist das selbstverständlich – kodifiziert. Aber es ist schwierig, das zu vermitteln. Und er ist dann auf so transkulturelle Werte gekommen wie Ritterlichkeit. Was ist ein anständiger Soldat? Das ist ein Soldat, der sich öffentlich als Soldat zu erkennen gibt. Solche transkulturellen Werte sind weltweit vorhanden. Vielleicht sollte man in der Verbreitungsarbeit viel mehr auf solche Dinge setzen als auf dieses kodifizierte Völkerrecht, das eine Sprache aus dem Genf des 19. Jahrhunderts spricht und für viele so nicht verständlich ist.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich habe vier weitere Wortmeldungen, die Kollegen Patzelt, Koenigs, Heinrich: Ich selbst habe mich auch noch einmal auf die Rednerliste setzen lassen. Kollege Patzelt, bitte.

Abg. **Martin Patzelt** (CDU/CSU) Wir haben in vielfacher Weise von der Wertschätzung lokaler Mitarbeiter und Kenner der Situation und der

Mentalitäten vor Ort und deren Vermittlungsmöglichkeiten bis hin in Regierungskreise gehört, also dieser ganzen breiten Palette. Diese müssen allerdings erkennbar sein, müssen identifiziert werden und vielleicht auch schon vor solchen akuten Notsituation im Dialog miteinander stehen. Gibt es eigentlich Programme von NGOs, die Kontakte zu solchen einheimischen Helfern oder Akteuren knüpfen, bevor ein Gebiet zum Krisengebiet wird oder wenn erkennbar ist, dass sich da - aus historischen Erfahrungen heraus - etwas anbahnen könnte? Sucht man sie sich also erst im Moment der humanitären Katastrophe oder gibt es Programme – auch von uns mitfinanzierte Programme –, die diese Brückenköpfe, so will ich sie einmal nennen, in den betroffenen Gebieten bereits identifizieren, unterstützen und entwickeln?

Die dritte Frage: Ich war selber kurz nach dem Tsunami eine Woche lang in Sri Lanka und habe erlebt, dass die NGOs dort alle in einer Warteposition waren. Die Frage – vielleicht auch aus der Außenbeobachtung, dass die dort wirklich wochenlang gewartet haben, bis die Regierung ihnen die Möglichkeit gab, entsprechende Sofortprogramme dann auch zu starten, es war ein fast unerträglicher Anblick, wie die NGOs die Hotels bevölkerten und die großen Landrover durch die Stadt kursierten, selbst der Botschafter, mit dem ich dann darüber gesprochen habe, war ziemlich ungehalten – richtet sich an Sie, Professor Gardemann: Es gibt da diesen Koordinierungsausschuss. Funktioniert der denn auch tatsächlich so, dass man dann auch sagt, wer wo hilft? Und angesichts eines bestimmten Wettbewerbs, der, wenn ich hier an unsere Häuser und an die Kassen denke, ja doch vorhanden ist, wobei die Spezifizierung nicht immer so ist, dass man sagen kann, dass der eine das besser als der andere kann: Kann dies über den Koordinierungsausschuss sachgerecht geleistet werden?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Die ersten beiden Fragen gingen an Frau Füllkrug-Weitzel, dann an Herrn Professor Gardemann.

SV **Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Diakonie Katastrophenhilfe): Es ist tatsächlich so, dass wir



95 Prozent der Organisationen, mit denen wir zusammenarbeiten, nicht etwa in der gegebenen Situation „handpicken“ und uns fragen können, wen wir denn nach welchen Kriterien nehmen wollen? Das genau ist das Problem der Instrumentalisierung, die dann auftaucht, wenn man zu viele Spendengelder einnimmt, nämlich mehr als man selber umsetzen kann. Dann sucht man, wen man als Organisation vor Ort denn nehmen könnte. Dann kann das Problem der Überförderung – das ist vorhin schon angesprochen worden – tatsächlich zu einem großen Problem werden. Wir wollen auch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten – das will ich bei dieser Gelegenheit noch einmal sagen. Ich will nicht behaupten, es sei alles überhaupt nur toll, was lokale Akteure sind, und wir sollen nur noch das fördern. Dazu müssen erst einmal die Strukturen stark genug sein. Das heißt, deswegen werben wir dafür, dass auch das Auswärtige Amt wirklich einen Anteil für Kapazitätsbildung zur Verfügung stellt. Wir arbeiten mit Partnern zusammen, mit denen wir teilweise seit fast 60 Jahren zusammenarbeiten und deren Kapazitäten wir systematisch aufgebaut haben. In Indien hat unsere Partnerorganisation 600 Mitarbeiter und 30 000 ehrenamtliche Mitarbeiter, fast in jeder Region. Da brauchen wir in der gegebenen Situation nichts mehr zu suchen. Ich habe gesagt, dass wir durch die „Act Alliance“, unserem internationalen Netzwerk, strukturell sozusagen mit über 140 Organisationen auf Dauer verbunden sind und die mehrheitlich - mit großer Mehrheit, nämlich 70 Prozent aus dem globalen Süden - mit darüber entscheiden, was unsere Standards sind und so weiter. Und es ist etwas völlig anderes, wenn man gemeinschaftlich mit lokalen Akteuren in aller Welt sozusagen die gesamte Hilfsstruktur und die Art und Weise der Hilfsmaßnahmen diskutiert, als wenn man sich mal eben schnell jemanden sucht. Das passiert zu oft und führt zur Überföhrungen. Wir schreiben in eine Presseerklärung, dass wir mit dieser oder jener Organisation vor Ort zusammenarbeiten. Am nächsten Tag bekommen Sie von drei anderen deutschen Organisationen, von denen Sie nie gehört haben, eine Anfrage, ob Sie nicht ihr Geld auch annehmen wollen. Da liegen gewisse Schwierigkeiten. Ich denke, hier geht es wirklich darum, Akteure dauerhaft ernst zu nehmen und zu stärken, auch in der internationalen

zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit. Dann haben wir eine andere Basis als die, bestimmte Akteure nur schnell mal als unsere verlängerte Werkbank zu missbrauchen.

Zum Koordinierungsausschuss kann ich von unserer Seite nur sagen, dass die Diakonie Katastrophenhilfe seinerzeit mitgeholfen hat, ihn ins Leben zu rufen. Wir haben extrem gute Erfahrungen über die Jahrzehnte gemacht und es ist eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir hatten auch schon viele Streitereien. Das war aber auch gut und wichtig, dass wir uns da offen über politische Grundsätze auseinandergesetzt haben. Ich bin überzeugt, dass auch das eine gute Form von Koordinierung ist, die dort wirklich läuft. Wir haben alle sehr unterschiedliche Stärken und ich glaube, wir alle würden sagen: Es ist gut, dass es euch gibt. Also wir sehen uns auch als komplementär. Es gibt natürlich auch Organisationen, die wir als Konkurrenz sehen, aber die meisten, die viel Erfahrung haben, sind notwendig und haben auch ihre eigenen Netzwerke. Und ich glaube, ohne die läuft es auch nicht. Man kann nicht schnell mal irgendetwas aus dem Boden stampfen. Das ist eine Gefahr für viele neue Organisationen, die aus dem Boden schießen. Wenn man nicht langjährige Erfahrung und Kontakte mit Partnern vor Ort hat und diese Partner vor Ort nicht dann auch tatsächlich die Konfliktanalyse vornehmen, dann verhält man sich in Konfliktgebieten häufig extrem falsch. Aus gutem Grund gibt es die berühmten „Do-no-harm-Prinzipien“, die beinhalten, dass man mit dem, was man tut, sehr genau darauf achtet, dass man in der jeweiligen Region nicht aus Versehen in soziale, politische oder welche Konflikte hineintappt und sie noch verstärkt. Ich hatte bereits vorhin das Stichwort „Dalits“ und Tsunami genannt.

Ich erlaube mir noch einen Satz zur sozialwissenschaftlichen Forschung: Ich glaube, dass zum Beispiel die Ebola-Krise gezeigt hat, welche Rolle die Forschung – in diesem Falle Beerdigungsriten und andere kulturelle Elemente – bei der Verbreitung von Krankheiten spielen, was ein ziemlich wichtiger Punkt ist. Und ich glaube, dass noch viel zu wenig über die speziellen Bedürfnisse von Frauen in humanitären Krisen geforscht wird. Da sehe ich



einen großen Bedarf.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Zum Koordinierungsausschuss Herr Professor Gardemann, bitte.

SV Prof. Dr. med. **Joachim Gardemann** (Kompetenzzentrum Humanitäre Hilfe der FH Münster): Ganz kurz. Ich sehe immer große Schwierigkeiten, etwas zu koordinieren, wenn es sich um Soforthilfemaßnahmen in einer stark medienpräsenten Katastrophe handelt, wie das in Ihrem Falle beim Tsunami oder in Haiti war. In anderen Katastrophen sieht das ganz anders aus. Aber das werden wir, glaube ich, nie ganz ändern können. Der Hauptverwaltungsbeamte hat eben den Hut auf und wenn der Hauptverwaltungsbeamte der Präsident von Haiti ist, dann hat er den Hut auf. Und dann kann er alle Organisationen, die er möchte, hineinlassen. Das erlebt man immer wieder. Wenn etwas sehr in den Medien ist, dann die Soforthilfe oft von Organisationen überschwemmt, die teilweise die Situation noch komplizierter machen, als sie ohnehin schon ist. In der mittelfristigen und langfristigen Hilfe lässt sich von hier aus eher etwas koordinieren, auch durch Mittelvergabe und ähnliches. Die Soforthilfe geht ja oft – wenn Sie alleine an die tausenden von Hundestaffeln denken – innerhalb von Stunden los. Das ist übrigens auch ein interessanter Forschungsgegenstand: Diese Schwarmintelligenz, die sozialen Netzwerke. Es gibt es bereits einen englischen Begriff für diese individuelle Hilfe aufgrund sozialer Netzwerke. Das gibt es bereits. Darüber wird im Moment sehr viel geforscht. Das kriegen Sie schlecht koordiniert.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Herr Kollege Koenigs, bitte.

Abg. **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte nur noch kurz auf eine Sache zurückkommen, die Herr Gebauer beim Preisen der Arbeit von „Geneva Call“ gesagt hat. Das seien ja nicht-staatliche Akteure, die zum Teil ganz explizit die Werte oder die humanitären Prinzipien ablehnten. Herr Westphal hat dann gesagt, wie schwierig es sei, Zugang zu bekommen. Gruppen wie ISIS oder Boko Haram und wahrscheinlich auch noch Islamic Relief

sähen uns alle - und Sie alle - als westliches Machwerk an. Wie gehen Sie damit um? Ist es nicht Zeit – so wie am Anfang der Rotkreuzbewegung – wieder zu versuchen, in irgendeiner Weise auch mit nicht-staatlichen Akteuren einen Konsens zu finden?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Gebauer, bitte.

SV **Thomas Gebauer** (medico international): Ich hatte erwähnt, dass die Arbeit von „Geneva Call“ extremen Gefahren ausgesetzt ist. Ich könnte mir vorstellen, dass sie, wenn sie die Gelegenheit dazu hätten, auch mit Boko Haram versuchen würden, ins Gespräch zu kommen. Ob das funktioniert, weiß ich nicht. Sie haben in der Vergangenheit solche Initiativen verschiedentlich ergriffen, haben sich mit Akteuren zusammengesetzt, zu denen man sich wahrscheinlich nicht hin trauen würde. Möglicherweise, um zu versuchen, noch in der völligen Irrationalität nach Werten Ausschau zu halten, die daraus hinausführen. Ich weiß nicht, ob das immer möglich ist. Ich vermute, bei Boko Haram kann das der Fall sein, wo es nicht mehr funktioniert, wo es nicht geht. Aber das ist sehr kontextabhängig, sehr situationsgebunden. Ich habe große Hochachtung und Respekt vor Leuten, die sich diesen Gefahren aussetzen und auch an diesen Stellen noch probieren, mit den Akteuren ins Gespräch zu kommen und damit den alten Kantischen Grundsatz hochhalten, dass es eben nicht um die Schaffung von Friedhofsruhe geht - was kann man militärisch machen kann - , sondern darum, mit dem Gegner im Gespräch zu sein. Nur so ist der Konflikt zu überwinden und der Frieden zu schaffen. Das sind, glaube ich, die alten Grundsätze der Kantischen Präliminarien. Mehr kann ich nicht dazu sagen.

Ich würde aber gern noch etwas zu dem, was Sie gefragt haben, sagen. Ich glaube, es ist extrem wichtig, deutlich zu machen – was Frau Füllkrug-Weitzel ja auch schon bestätigt hat – dass es durchaus Netzwerke gibt, die schon existieren und wir weltweit mit Partnern – das gilt auch für „medico international“ – vernetzt sind, mit denen wir über viele Jahre schon in vielen Kontexten zusammenarbeiten. Ich denke nur an das Beispiel Sierra Leone, wo wir im Bereich von Ebola mit



einem lokalen Partner zusammengearbeitet haben, mit dem wir seinerzeit auf politischer Ebene begonnen haben, uns gegen die Blutdiamanten zu engagieren. Also auf einer politischen Ebene, wo dieser lokale Partner damals die Stimme Afrikas im Kimberley Prozess war, wo es darum ging, eine Form zu finden, wie man Blutdiamanten kontrollieren kann. Eine klare politische Initiative. Das waren die Leute, die jetzt aus der unmittelbaren Situation heraus imstande waren, die Aufklärungsarbeit zu leisten, die notwendig war, damit Organisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“ auch vor Ort arbeiten konnten. Denn das können nicht all die Leute, die von außen kommen. Das müssen dann lokale Partner sein, die vor Ort mit den Gegebenheiten vertraut sind, die sich zum Beispiel Gedanken gemacht haben, wie man mit den Beerdigungsritualen umgehen kann. Das sind die Leute, die das lokale Wissen haben und nur die können es machen. Wenn wir die nicht hätten, wenn wir da nicht vernetzt sind über Jahre, Jahrzehnte hinweg, dann würden wir uns gar nicht zutrauen, irgendeine von diesen Arbeiten anzufangen. Darin liegt die Stärke und die würden wir gerne fördern, diese Organisation, diese Strukturen. Das bedeutet manchmal auch solche Netzwerke über Jahrzehnte aufrecht zu erhalten. Das ist eine Form von Bewältigungskapazität, die wir sozusagen vorab haben, auf die wir dann in bestimmten Situationen aus dem Stehgreif zurückgreifen können. Wenn es die nicht gibt, haben wir keine Chance.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Frank Heinrich, bitte.

Abg. **Frank Heinrich** (CDU/CSU): Dankeschön. Sie haben uns von „medico international“ in Ihrer Antwort an einer Stelle folgendes geschrieben: „Für die Verzahnung zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ergibt sich die Notwendigkeit für konzeptionelle Abstimmungen, die auch über die Neuordnung von Budget Zuständigkeiten hinaus geht.“ Da hat es bei mir geklingelt. Wir haben gesagt – nicht nur, weil wir das Thema humanitäre Hilfe im Namen haben –, wir würden das auch gerne höher anhängen, möglicherweise bis hin in die Mitbestimmung, was die Budgets angeht. Sollen wir das weiterdenken? Macht dies von Ihrer Seite her

Sinn? Ich wusste, dass Sie da nicken – ich glaube, Sie haben das in unserer Runde auch einmal gesagt. Aus Ihrer Fremdperspektive auf uns als Parlament: Macht das Sinn, damit Einfluss darauf zu nehmen? Das würde ich Sie von der NGO, aber auch Sie von der Wissenschaft, gerne fragen.

Die Frage, die darüber hinausgeht: In welchem Bereich denken Sie, Frau Füllkrug-Weitzel, besteht der größte Bedarf an vorausschauender Nothilfe? Da will ich einfach kurz etwas lernen, nämlich wo Sie Prioritäten setzen. Was ist da der größte oder zweitgrößte Bedarf?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Gebauer, bitte.

SV **Thomas Gebauer** (medico international): Ich soll es kurz machen. Ich glaube, ich habe ein Beispiel gegeben, an dem deutlich wird, wie eine solche Verzahnung – in strategischem Sinne – aussehen kann. Das heißt nicht, dass die Akteure alle das Gleiche machen, sondern, dass sie sich darüber verständigen, was sie eigentlich erreichen wollen, wenn bei Ebola jetzt festgestellt wird, dass es zu wenig lokale Fachkräfte gibt und an Ausbildung fehlt. Daran zu denken und gleichzeitig in der Nothilfe anzufangen. Und in der Entwicklungszusammenarbeit bereits darüber nachgedacht zu haben, auch mit der Politik, zum Beispiel über Initiativen, die ich genannt hatte, wie die Regulierung der Migration von Gesundheitsfachkräften, was ja auch ein Thema ist, das diskutiert wird. Das ist im parlamentarischen Rahmen ja da, darüber wird diskutiert. Es gibt da Codes of Conduct, über die verhandelt wird, die man dann in dem Moment mit aufrufen und zu einer gemeinsamen strategischen Überlegung machen kann. Hinterher arbeiten die Akteure wieder getrennt. Aber sie haben eine gemeinsame Phantasie, wohin es gehen könnte. Das ist das, was ich mir an dieser Stelle vorstellen kann. Da ist eine Menge da. Möglicherweise weiß man voneinander gar nicht, dass es da ist, dass zum Beispiel in einem anderen Ausschuss über die Migration von Fachkräften diskutiert wird. Das macht der Gesundheitsausschuss zum Beispiel. Der hat das auf der Tagesordnung. Hier ist es nicht da.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Nächste



Rednerin ist Frau Füllkrug-Weitzel.

SV Cornelia Füllkrug-Weitzel (Diakonie Katastrophenhilfe): Zum größten Bedarf an vorausschauender Hilfe war gefragt worden. Ganz klar Nummer eins und sehr vorhersehbar sind die Klimakatastrophen. Wir erfahren ja bereits ständig die Folgen des Klimawandels in den verschiedenen Regionen der Welt, sei es in Flussmündungsgebieten, sei es auf Inseln, sei es in Dürreregionen. Die Landkarte ist gezeichnet. Dieser Risikobericht ist da. Man weiß, dass es zwar nicht dazu beiträgt, den Klimawandel zu stoppen, obwohl das die einzig sinnvolle Konsequenz wäre, weswegen wir uns auch irgendwann genötigt gesehen haben, die Klimaallianz mitzugründen. Wir konnten nicht zusehen, wie immer mehr Menschen Opfer des Klimawandels werden. Trotzdem wollten wir ihnen aber auch helfen, und man weiß genau, was an Anpassungsmaßnahmen in der Landwirtschaft, der Bauweise und der Besiedlungspolitik notwendig wäre. Da brauchen wir ja nur bis an die Elbe zu gucken, was da eigentlich notwendig wäre, um sich an die vorhersehbaren Ausmaße von Katastrophen anzupassen. Für den ganzen Bereich der Klima-Adaption braucht es ausreichend Finanzierungsmittel. Und es wäre schön, wenn diejenigen, die sich für humanitäre Hilfe zuständig fühlen, sich in Fragen der Klimadebatte und „COP21“ dafür stark machen, dass es genug Mittel für die Klimaanpassungsmaßnahmen gibt.

Außerdem: Natürlich kann man im engeren Sinne Schutzbauten, Dämme und so weiter bauen. Wir haben in Bangladesch ein sehr schönes Beispiel, wo wir die Partnerorganisation nach einer sehr großen Flutkatastrophe darin unterstützt haben, kommunale Schutzbauten auf Stelzen zu errichten, wo die Bevölkerung Zuflucht finden kann. Und dann haben sich sieben Jahre später in derselben Region die Todeszahlen, als der große Hurrikan Zita kam, von 23 000 Toten beim ersten Mal auf ungefähr 1 800 Tote reduziert. Also, man kann da sehr viel tun. Eine Folge war aber auch, dass natürlich nicht mehr genug Blut geflossen ist, um in den Medien darüber zu berichten, so dass es weniger Geld gab. Es gab weniger Tote, aber die materiellen Schäden, der Entzug der Lebensgrundlage für die Bevölkerung war

keineswegs geringer. Da gibt es also viel zu tun. Man weiß auch, was „disaster-prone-areas“ im Bereich der Gewaltkonflikte sind. Wir sind da bemüht, die Kapazitäten der vorhandenen lokalen Organisationen auszubauen und auch wirklich zu gucken, dass die Menschen auch tatsächlich in der Lage sind, sich in schwierigen Situationen zu orientieren, auch auf der Flucht zu orientieren und zu organisieren. Da kann man sehr viel tun, wenn man es nur will und könnte dadurch tatsächlich das Schadensausmaß erheblich reduzieren und die Menschen unterstützen, auch um ihre – das ist ja das neue Zauberwort – Resilienz zu stärken. Und Resilienz – ich habe es ja gesagt – heißt Widerstandsfähigkeit und Selbstorganisationsfähigkeit. Ich würde da durchaus auch die politische Konnotation, die mitschwingt, für wichtig halten. Es geht nicht einfach nur darum, sozusagen jedem einzelnen irgendwie zu helfen, individuell seine Resilienz zu stärken, um mit allem besser umgehen zu können, sondern auch wirklich als Gemeinschaft darauf angemessen reagieren zu können.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Vorletzte Fragestellerin, Frau Kollegin Groth.

Abg. **Annette Groth** (DIE LINKE.): Ich möchte Frau Füllkrug-Weitzel die konkrete Frage stellen – eigentlich habe ich sie so an alle gestellt, weil die Kritik an dem UN-System ja von allen geäußert worden ist: Was würdest Du vorschlagen, wie kann man – wie Du so schön gesagt hast – das System von den Füßen auf den Kopf stellen, oder umgekehrt?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Sie haben das Wort.

SV Cornelia Füllkrug-Weitzel (Diakonie Katastrophenhilfe): Ich habe ja bereits ein Element genannt: Ich denke der WHS-Prozess könnte ein Prozess werden und ich meine auch, wir müssen uns da entsprechend engagieren. Das AA ist ja ebenfalls sehr daran interessiert, zum Beispiel, dass auch die Stimmen von Betroffenen und lokalen Organisationen in angemessener Weise vorkommen. Aber das ist nicht eine Sache, die man mit drei harmlosen Maßnahmen beenden kann.



Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich möchte als letzter eine Frage an Sie, Frau Füllkrug Weitzel, stellen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben: „Im Bereich der Katastrophenvorsorge wird eine eher künstliche Trennung zwischen humanitärer Vorsorge und Entwicklungszusammenarbeit hergestellt. Dies spiegelt die Realitäten der Praxis nicht wieder.“ Mich interessiert, was Sie vorschlagen und wie die Praxis aussieht.

SV **Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Diakonie Katastrophenhilfe): Also ich denke, dass es einerseits Abstimmung geben muss, so dass es sehr viel mehr fließende Übergänge gibt. Es ist häufig danach gefragt worden, wie denn die Zusammenarbeit im Feld sei. Manchmal ist die Zusammenarbeit im Bereich der Finanzierung extrem schlecht. Also, das BMZ macht Vorsorge in der Region X. Dann kommt die Krise, dann macht das AA in der Nachbarschaft etwas mit einer anderen Organisation. Dann ist die Krise zu Ende und die Rehabilitationsphase kommt. In der passiert dann wieder etwas völlig anderes. Es gibt häufig auch für die lokalen Akteure vor Ort keine Kontinuität. Es ist zwar schon deutlich besser geworden, als es in der Vergangenheit war. Aber ich denke, da könnte noch sehr viel gemacht werden. Und die Tatsache, dass es im BMZ jetzt vom Ressortzuschnitt her noch unklarer ist, da noch mehr Arbeitseinheiten mit den verschiedenen Elementen der Vorsorgeprävention etc. beschäftigt sind, macht es sicherlich nicht einfacher, Hand in Hand zu arbeiten. Die Übergänge fließend zu gestalten, heißt für mich, dass man die Entwicklungszusammenarbeit – ich habe es vorhin schon angedeutet auch bei den politischen Fragen, was nämlich die neue Entwicklungsagenda werden soll – viel stärker daran erinnert, dass auch für die Entwicklungszusammenarbeit in der Prävention und Preparedness eine Aufgabe liegt. Dies kann nicht nur Aufgabe der humanitären Hilfe sein. Aber wenn die humanitäre Hilfe in einer konkreten, akuten Situation arbeitet, muss sie immer so arbeiten, dass im Kern bereits die Prävention eingebaut ist. Das heißt, um einmal ein ganz praktisches Beispiel zu nennen, wenn ich in der Landwirtschaft Bauern unterstütze, die alles verloren haben, dann werde ich dafür sorgen, dass ich sie so berate, dass sie das nächste Mal

vielleicht nicht nur eine einzige Frucht anbauen – nicht nur Mais – , so dass es ihnen, wenn dann die Flut kommt, nicht alles wegschlägt und sie das ganze Jahr hindurch arm sind, sondern dass sie vielfältigen Anbau betreiben, damit sie zu verschiedenen Saisonen ernten könnten. Beides also ist notwendig.

Vor. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Wir haben die Grenze von drei Stunden bereits überschritten und ich habe, was die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland betrifft, die Bitte, dass Sie jeder in Ihrem Schlussstatement mit einem Satz – ich habe die Bitte, wirklich mit einem Satz – sagen, welcher von allen Punkten, die wir als Parlament begleiten sollten, der wichtigste ist. Ein Satz, Herr Westphal.

SV **Florian Westphal** (Ärzte ohne Grenzen): Befassen Sie sich bitte weiterhin damit, was im Bereich der Sofort- und Nothilfe abläuft, und setzen Sie sich dafür ein, dass Weiteres entwickelt wird, das wirklich im Interesse der Betroffenen liegt und nicht im politischen Interesse irgendeines Akteurs.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Gebauer, bitte.

SV **Thomas Gebauer** (medico international): Denken Sie über die Verzahnung nach, das, was wir zuletzt diskutiert haben, und schauen Sie, was in den anderen Ausschüssen zu gleichen oder vergleichbaren Themen verhandelt wird. Aus dem engen Kreis heraus ins Interministerielle, das scheint mir das wichtigste zu sein.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Professor Gardemann, bitte.

SV Prof. Dr. med. **Joachim Gardemann** (Kompetenzzentrum Humanitäre Hilfe der FH Münster): Berücksichtigen Sie bitte, dass die alte Trennung zwischen Naturkatastrophen und von Menschen gemachten Katastrophen eigentlich nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, dass sämtliche Naturkatastrophen menschengemacht sind und sich daher in all diesen Szenarios ein Präventionsansatz bietet.



Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Füllkrug-Weitzel, bitte.

SV Cornelia Füllkrug-Weitzel (Diakonie Katastrophenhilfe): Setzen Sie sich bitte dafür ein, dass bei allem Bemühen um eine verzahnte Sicherheitsagenda und ähnlichem, die schon mehrmals genannten, schwimmenden Grenzen zwischen militärischen, politischen und humanitären Interessen nicht weiter verschwimmen. Und ich bitte und empfehle noch einmal, dass Sie vielleicht auch der Regierung gegenüber darauf hinwirken, dass die zwischen VENRO und Bundeswehr entwickelten Empfehlungen nicht ein beliebiges Papier bleiben,

sondern einen höheren Grad von Verbindlichkeit bekommen und auch berücksichtigt werden.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Ich darf mich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen ganz besonders bei Ihnen sehr herzlich für diese spannende Anhörung und für viele erhellende Aspekte bedanken. Ich danke auch allen, die heute während dieser drei Stunden so aufmerksam mit dabei waren und ihr Interesse an der humanitären Hilfe bewiesen haben. Vielen Dank! Ich schließe die Sitzung.



Schluss der Sitzung: 18:08 Uhr

Michael Brand, MdB
Vorsitzender